

E L S E

F R E N K E L -

B R U N S W I K

I N S T I T U T

FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

POLICY PAPER

EFBI POLICY PAPER 2024-1

NATALIE GITTNER, HENRIETTE RODEMERK &
OLIVER DECKER (HRSG.)
ANNA-LOUISE LANG & THORSTEN MENSE

KONTAKT

PIA SIEMER
T: +49 341 97-37892
M: PIA.SIEMER@UNI-LEIPZIG.DE

DIE SÄCHSISCHE JUSTIZ UND IHR VERHÄLTNIS ZU ANTIDEMOKRATISCHEN TENDENZEN

ABSTRACT

In diesem Policy Paper richten wir den Blick auf das Verhältnis von Justiz und Demokratie anhand des behördlichen Umgangs mit antidemokratischen Tendenzen im Freistaat. Im Zentrum stehen zwei vertiefende Analysen über die juristische Aufarbeitung von Ereignissen mit Verbindungen zur extremen Rechten. Bezugspunkt beider Analysen bilden Ereignisse mit demokratiepolitischer Relevanz: Der erste Beitrag beschreibt die rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz 2018 und beschäftigt sich mit der anschließenden juristischen Strafverfolgung sowie den psychosozialen Auswirkungen und Folgen für Betroffene von rechtsmotivierter Gewalt. Der zweite Beitrag untersucht anhand der Corona-Protestbewegung und einer Großdemonstration 2020

in Leipzig deren antidemokratischen Kern und die staatlichen Reaktionen auf die Proteste. Die Befunde verdeutlichen zum einen die gesellschaftspolitische Bedeutung der Justiz in der Reaktion auf antidemokratische Tendenzen. Zum anderen weisen sie auf das demokratiegefährdende Potenzial einer Strafverfolgungspraxis, die Radikalisierung und weiteren Straftaten Vorschub leistet.

AUF EINEN BLICK

Die Verbreitung von Vorurteilen, Ressentiments und autoritären Dynamiken in der bundesdeutschen Bevölkerung ist seit Jahren dokumentiert (Decker et al., 2022), auch für Sachsen liegen entsprechende Ergebnisse vor (Decker et al., 2023). Spätestens wenn aus derlei antidemokratischen Einstellungen (Straf-)Taten resultieren, kommen Sicherheits- und Justizbehörden ins Spiel. Rassistisch und antisemitisch motivierte Angriffe gegen Personen und Einrichtungen, rechtsextreme Gewalttaten sowie das Bekanntwerden demokratiefeindlicher Netzwerke verdeutlichen die Dringlichkeit, antidemokratische Straftaten juristisch aufzuarbeiten. Der Schutz Betroffener vor menschenfeindlicher Gewalt durch den Rechtsstaat und seinen juristischen Institutionen, sowohl der von ihr Betroffenen, als auch der demokratische Engagierten, gehört zu seinen elementaren demokratischen Aufgaben. Aus wissenschaftlicher Perspektive ergeben sich daraus die Fragen, welche Instrumente der Justiz zum Schutz von Vielfalt und Demokratie zur Verfügung stehen, ob und wie diese genutzt werden und wo demokratische Ressourcen verkümmern bzw. antidemokratische Potenziale verstärkt werden.

Einleitend wird in diesem Policy Paper die Relevanz der Untersuchung von Institutionen der Justiz für die Demokratieforschung dargestellt. Die beiden anschließenden vertiefenden Analysen untersuchen den Umgang sächsischer Sicherheits- und Justizbehörden mit antidemokratischen Bestrebungen anhand zweier prominent gewordener Fälle in Sachsen der letzten Jahre.

Anna-Louise Langs Beitrag befasst sich mit neo-nazistischen Gewalttaten in Zusammenhang mit rechten Ausschreitungen in Chemnitz im Herbst 2018. Neben dem antisemitisch motivierten Angriff auf das Chemnitzer Restaurant „Schalom“ wurden im Zuge rechtsextremer Kundgebungen am 1. September 2018 Teilnehmende einer Gegendemonstration auf dem Rückweg von Neonazis angegriffen und verletzt. Obwohl die mutmaßlichen Täter teilweise noch am Abend des Vorfalls gefasst wurden, werden die Prozesstermine erst mehr als fünf Jahre später, seit Ende des Jahres 2023, realisiert. Die Analyse verdeutlicht die psychosozialen Konsequenzen für die Betroffenen der rechtsextremen Gewalt durch das Ausbleiben einer zeitnahen Strafverfolgung.

Thorsten Mense analysiert in seinem Beitrag die antidemokratische Ausrichtung der Querdenken-Proteste am Beispiel einer Großdemonstration in Leipzig 2021 und die gesellschaftlichen Konsequenzen, welche die nachsichtige juristische Verfolgung und mangelnde Aufarbeitung antidemokratischer Straftatbestände der Querdenkenbewegung in Sachsen haben. Deutlich wird, dass Betroffene rechter Gewalt oftmals nicht ausreichend juristisch unterstützt werden, wodurch einerseits Vertrauen in den Rechtsstaat schwindet und andererseits Neonazis mehr Selbstbewusstsein gewinnen. Es zeigt sich, dass sie nicht inaktiv sind, sondern durch eine „Kultur der Straflosigkeit“ ermutigt werden (Kleffner, 2021).

DEMOKRATIE-FORSCHUNG UND JUSTIZ

NATALIE GITTNER, HENRIETTE RODEMERK & OLIVER DECKER

EINLEITUNG

Das Bekanntwerden rechter Gruppenchats von Justizvollzugsbeamten (Stukenberg, 2022), die Misshandlungen von migrantischen Strafgefangenen (MDR Sachsen, 2022), aber auch der Umgang mit AfD-Abgeordneten, die als Richter arbeiten (Wagner, 2023), haben eine kritische Aufmerksamkeit auf

die Justiz und das Verhalten von Behördenmitarbeitern gelenkt. In die öffentliche Wahrnehmung geraten zudem wiederholt Defizite in der Ermittlung extrem rechter Strukturen, wie jüngst der Prozess um den bandenmäßigen Drogenhandel einer Familie und ihre Verstrickung in neonazistische Netzwerke im sächsischen Colditz zeigte (vgl. Fröhlich, 2023).

Anlass für eine Betrachtung der sächsischen Justiz- und Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Konfliktlinien bietet außerdem das hohe Mobilisierungspotenzial antidemokra-

tischer Kräfte, welches sich in den letzten Jahren insbesondere im Freistaat zeigte. Sowohl im Zuge der Migrationsbewegung ab 2015 oder auch während der Corona-Pandemie fanden in vielen sächsischen Städten Proteste und Großkundgebungen statt, die nicht selten von einer ressentimentgeladenen Stimmung getragen wurden.

Menschenfeindliche Ideologien können zu Gewalttaten führen, die Kontinuitäten von tätlichen Angriffen auf Personen, politische Gegner oder ihre Räumlichkeiten verdeutlichen ihr Bedrohungspotenzial. Auch während der Proteste kam es immer wieder zu Angriffen – unter anderem auf Journalisten/-innen und Gegendemonstrant/-innen –, die aber nur zum Teil strafrechtliche Ermittlungen nach sich zogen (siehe Mense in dieser Ausgabe; Debski, 2023). Für Sachsen wurden in den vergangenen EFBI Policy Paper bereits Netzwerke, Akteure und regionale Schwerpunkte antidemokratischer Bestrebungen eingehender untersucht (z.B. Chemnitz, Zwickau und der Erzgebirgskreis). Zum einen wurden dabei Verbindungen und Anschlüsse rechter Orientierungen in die breite Bevölkerung sichtbar. Zum anderen zeigte sich wiederholt, dass sich die Aktivitäten der extremen Rechten von Propagandadelikten bis zu schwersten Gewalttaten erstrecken (Grunert/Lang, 2022).

Die rechtsextreme Gewalt hat Kontinuität, ihren Höhepunkt erlebte sie nach dem politischen Umbruch 1989/90 in den 90er Jahren. Zivilgesellschaftliche Initiativen dokumentieren seit Jahren menschenfeindliche und antidemokratische Aktivitäten in Sachsen und damit das weiterhin hohe Gewaltpotenzial durch die extreme Rechte (Hübler, 2022). In diesem Zusammenhang beklagen sie die geringen juristischen Aufklärungsraten entsprechender Delikte und fordern eine konsequentere Aufarbeitung rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Straftaten.

Erscheinungsformen menschenfeindlicher Ideologien und ihre Verbreitung in der Bevölkerung gehören zum Gegenstand von Demokratieforschung. Wie jüngste Analysen für die ostdeutschen Bundesländer zeigen, sind demokratiefeindliche Einstellungen weit verbreitet (Decker et al. 2023). Ebenfalls hoch ist der Zuspruch für extrem-rechte Parteien wie die AfD, deren Zustimmungswerte auf einem konstant hohen Niveau verharren.

Als Demokratieforscher/-innen gehen wir davon aus, dass autoritäre Dynamiken, die diesen Einstellungen zugrunde liegen, gesellschaftlich eingebettet sind. Entsprechend werden Institutionen einer

Gesellschaft und somit auch die Institutionalisierung von gesellschaftlichen Konflikten in die Analyse einbezogen. Damit wird die Praxis von Behörden, also beispielsweise der Strafverfolgungsbehörden, zum Gegenstand von Demokratieforschung.

Die Beschäftigung mit der Verschränkung von Demokratie und Justiz ist keineswegs neu. So wurde die Auseinandersetzung mit der Funktion der deutschen Justiz im Nationalsozialismus und ihrem Nachwirken in der postnationalsozialistischen Gesellschaft zu einem Kernanliegen der rechtspolitischen Zeitschrift *Kritische Justiz* (vgl. Perels, 2001).

Im Rahmen unserer sozialwissenschaftlichen Perspektive der Demokratieforschung liegt der Fokus auf dem Spannungs- und Wechselverhältnis von institutionellen Handlungspraxen, gesellschaftlichen Konflikten und (anti-)demokratischen Dynamiken sowie ihren subjektiven Verarbeitungsweisen. Eine kritische Betrachtung von Institutionen würde ohne die Beachtung ihrer Verschränkung mit gesamtgesellschaftlichen Prozessen und Konfliktlagen zu kurz greifen. Eine kritische Perspektive besteht darin zu analysieren, „wie sich die strafrechtlichen Institutionen zu den herrschaftsförmigen Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft verhalten und ob sie dazu dienen, diese abzusichern oder gar zu verschärfen“ (Dübgen, 2017, 143). Dies bedeutet im Rahmen unserer Forschung zu fragen, inwieweit eine Institution für eine Gesellschaft zur Absicherung legaler Herrschaft funktional ist und welche Auswirkungen sie auf das Handeln ihrer Beschäftigten hat (vgl. Forschungsprojekt „Soziale Dynamiken und Konflikte in der Justiz“ am EFBI/FGZ). Konkret richtet sich unser Erkenntnisinteresse auf die Interaktion von individuellen Orientierungen und Einstellungen mit institutionellen Praxen innerhalb der Justiz, Formen der Wahrnehmung und des Umgangs mit gesellschaftlichen Konflikten (z.B. migrationspolitische Themen, Rassismus, politische Gewalt) im Arbeitsalltag und die politische Kultur und demokratischen Ressourcen der Institutionen der Justiz.

Zudem machen die Wahlerfolge rechtsautoritärer Parteien eine gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und potenziellen Gefahren autoritärer Einflussnahme auf Institutionen der Justiz notwendig. So bezeichnet die Rechtswissenschaftlerin Nora Markard (2023) die Justiz als „Einfallstor für einen autoritären Staatsumbau“. Zwar ist Veränderung der verfassungsmäßigen demokratischen Ordnung ein politisch schleichender

Prozess, dennoch bieten Umformungen der Justiz, wie die Veränderung von Stellenanteilen an Gerichten oder Altersgrenzen bei Einstellungen in oder Entlassungen aus Institutionen der Justiz, rechter Politik erste Ansatzpunkte. Im Zusammenhang mit demokratischer Verantwortung besteht diese für Jurist/-innen auch darin, das Mandat als „politischer Vetospieler“ innerhalb der rechtsstaatlichen Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative (Markard, 2023) gegen rechtsautoritäre Kräfte zu verwenden und antidemokratische Gefahren zu erkennen. Um der juristischen Pflicht nachzukommen, das Grundgesetz im Sinne einer demokratischen und plural verfassten Gesellschaft zu verteidigen, ist ein demokratisches Bewusstsein der Beamten und Beamtinnen notwendig (ebd.). Die wissenschaftliche und gesellschaftskritische Analyse umfasst somit auch die Untersuchung der Ressourcen und Möglichkeiten der Justiz auf institutioneller und subjektiver Ebene, um die plurale, demokratisch verfasste Gesellschaft und ihre Angehörigen zu schützen. Gleichzeitig gilt es herauszuarbeiten, ob und wie diese Mittel genutzt werden, welche Dynamiken sich unter dem Eindruck sozialer Konflikte entwickeln und wo demokratische Ressourcen verkümmern bzw. sich antidemokratische Potenziale verstärken.

Auch wenn Neutralität und Unabhängig als elementare Grundsätze der Justiz gelten, sind sowohl juristische und strafrechtliche Prozesse als auch das Handeln von Beschäftigten eng mit gesellschaftspolitischen Themen und Konfliktlinien verknüpft. Zu betonen ist, dass die Entgegnung demokratiefeindlicher Bestrebungen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist: Sie umfasst politische Reaktionen und staatliches Handeln, die wissenschaftliche Expertise zur Beschreibung und Erklärung der Phäno-

mene und eine zivilgesellschaftliche Perspektive und Unterstützung der Betroffenen.

Die angeführten Überlegungen stärken an dieser Stelle die demokratiepolitische Bedeutung der Justiz wie auch die forschungstheoretische Relevanz, ebenjene Institutionen auf ihre demokratische Verfasstheit hin zu untersuchen. Die Rolle der Justiz wird darin selbst zum Teil des gesellschaftlichen Konfliktgeschehens. Unter anderem bleibt kritisch zu beleuchten, inwieweit beispielsweise Forderungen nach „härteren Strafen“ und „stärkerem Durchgreifen“ zu autoritären Zugriffen und Anrufungen der Justiz werden und welche soziale Dynamik sie entfalten. Der institutionelle Umgang mit ressentimentgeladenen Konflikten in der Justiz bildet hierbei ein Desiderat der empirischen Sozialforschung. Dies hängt auch mit den Eigenheiten der Institution zusammen, denn die Beforschung der Justiz ist ein sensibles Forschungsfeld, das sich besonders durch Zugangsschwierigkeiten für externe Forschung ausweist (vgl. Praunsmändel et al., 2022). Daraus leitet sich die Notwendigkeit ab, zivilgesellschaftliche und journalistische Analysen zu berücksichtigen, die mit ihrer Arbeit wichtige Erkenntnisse zum Thema beitragen können.

In diesem Policy Paper werden im Folgenden zwei vertiefende Analysen präsentiert, die anhand von antidemokratischen Vorfällen im Freistaat exemplarisch die staatlichen Reaktionen auf antidemokratische Bestrebungen untersuchen. Es zeigt sich, dass der institutionelle Umgang mit gesellschaftlichen Phänomenen wie Verschwörungsdenken, Rassismus, Antisemitismus oder der extremen Rechten nicht nur für ebenjene relevant ist, die davon potenziell betroffen sind. Vielmehr geben die Erkenntnisse zu den Umgangsweisen auch wichtige Auskunft über den Zustand der Demokratie selbst.

ZWISCHEN FRUST UND HOFFNUNG AUF GERECHTIGKEIT

ANNA-LOUISE LANG

**DER KAMPF DER BETROFFENEN VON EINEM
RECHTEN ANGRIFF 2018 IN CHEMNITZ IM
STRAFVERFAHREN**

Am 1. September 2018, während der rechten und rassistischen Ausschreitungen in Chemnitz, griffen Neonazis mehrere Gruppen von Gegendemonst-

rant*innen an. Im Dezember 2023 werden sich die Rechten vor dem Landgericht Chemnitz für ihre Taten verantworten müssen. Für die Betroffenen dieser Vorfälle bedeuten diese fünf Jahre eine Zeit der Hoffnung, Angst, Frustration und Enttäuschung.

1) Anmerkung der Redaktion: Der Artikel gibt den Recherchestand zum 31.10.2023 wieder. Das Strafverfahren gegen drei Angeklagte wurde am 19. Januar 2024 in erster Instanz am Landgericht Chemnitz gegen Geldauflage eingestellt. Weitere Informationen zum Prozessgeschehen siehe Prozessdokumentation RAA Sachsen.

Dieser Artikel beleuchtet in den folgenden Abschnitten ihre Erfahrungen und Erlebnisse in den vergangenen fünf Jahren, basierend auf Gesprächen mit den unterstützenden Beratungsstellen: der Beratungsstelle *SUPPORT* für Betroffene rechter Gewalt in Sachsen und *Response*, der Beratungsstelle für Opfer von rechter und rassistischer Gewalt in Hessen.

GEWALT IN DER DÄMMERUNG: ÜBERGRIFFE NACH DER GEGENDEMONSTRATION „HERZ STATT HETZE“

August und September 2018 in Chemnitz: Bilder von rechten Demonstrationen gehen um die Welt. Nach einem tödlichen Messerangriff kommt es zu großen rechten Mobilisierungen, zu Ausschreitungen und zu Jagd auf Menschen. Die Opferberatung *SUPPORT* für Betroffene rechter Gewalt zählt 48 rassistisch, antisemitisch und rechts motivierte Angriffe in Zusammenhang mit den Mobilisierungen in nur einer Woche (*SUPPORT*, 2023).

Auch am 1. September 2018 sind große rechte Demonstrationen in Chemnitz angekündigt. Die extrem rechte Bürgerbewegung *Pro Chemnitz* hat ihre Anhänger zu einer Demonstration um 16 Uhr am Karl-Marx-Monument mobilisiert, löst diese aber schon nach 40 Minuten auf. Auch die AfD mobilisiert mit verschiedenen Landesverbänden gemeinsam mit *PEGIDA* (*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*) zu einem sogenannten „Schweigemarsch“. Der Großteil der Teilnehmenden der Demonstration von *Pro Chemnitz* schließen sich dieser Demonstration an. Angeführt wird der Demonstrationzug von bekannten Politiker*innen der AfD wie beispielsweise Björn Höcke sowie dem Führungskreis von *PEGIDA*. Die Rechten haben eine klare Vorstellung davon, wie ihre Demonstration aussehen soll: nur Deutschlandfahnen, sonst keine Symbole, alle Teilnehmenden in dunkler Kleidung, weiße Rosen und großformatige Plakate mit Bildern verschiedener Opfer von Tötungsdelikten. Angehörige dieser Opfer werfen ihnen im Nachgang Instrumentalisierung vor. Die Demonstration wirkt somit deutlich gemäßigter und geordneter als diejenigen in den Tagen zuvor. Gemäßigter sind die Teilnehmenden jedoch nicht. Unter den Demonstrierenden finden sich bekannte Persönlichkeiten der extremen Rechten: Neben Martin Sellner von der Identitären Bewegung läuft auch Götz Kubitschek, Verleger, Publizist und führender Intellektueller der neuen Rechten, mit; sowohl ehemalige Mitglieder der verbotenen *Heimattreuen Deutschen Jugend* (HDJ) als auch der

verbotenen Kameradschaft *Nationalen Sozialisten Chemnitz* reihen sich neben Hooligans aus ganz Deutschland ein (Maus et al., 2018). Die Stadt Chemnitz spricht im Nachhinein von 4.500 Teilnehmenden, die Polizei von bis zu 8.000, die Rechten selbst von 10.000 Personen.

Gleichzeitig zu der großen Mobilisierung auf rechter Seite, findet in der Chemnitzer Innenstadt auch eine Gegenveranstaltung statt. Unter dem Motto „Herz statt Hetze“ hat ein breites Bündnis – unter anderem bestehend aus verschiedenen demokratischen Parteien (von Die Linke bis zur CDU Chemnitz), Bundes- und Landtagsabgeordneten, vielen zivilgesellschaftlichen Vereinen, Gewerkschaften und dem Chemnitzer FC – zu einer Kundgebung aufgerufen. In ihrem Aufruf fordern die Unterzeichner*innen Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt und wollen die Instrumentalisierung der Rechten nicht unwidersprochen hinnehmen. Zu dieser Kundgebung kommen laut der Stadt Chemnitz rund 4.000 Teilnehmende auf dem Parkplatz der Chemnitzer Johanneskirche zusammen. Unter den Teilnehmenden sind auch prominente Politiker*innen wie der Linken-Co-Vorsitzende Dietmar Bartsch, die damalige Bundesvorsitzende von *Bündnis 90/Die Grünen* Annalena Baerbock, der heutige Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir und Sachsens stellvertretender Ministerpräsident Martin Dulig. Die Bands „Madsen“ und „Egotronic“ unterstützen die Gegendemonstration mit Live-Auftritten.

Waren die letzten Tage in Chemnitz gegenüber den andauernden rechten Mobilisierungen eher von einem Gefühl der Machtlosigkeit geprägt, verleiht die große Anzahl an Unterstützer*innen bei der Kundgebung neue Kraft. Es gelingt den Gegendemonstrant*innen, die rechte Demonstration zu blockieren, so dass diese ihre geplante Route nicht laufen kann. Entsprechend angespannt ist die Stimmung bei den Teilnehmenden der rechten Demonstration. Nachdem sich bereits deren Start verzögerte, wird sie am Karl-Marx-Monument gestoppt und in der Folge abgebrochen (dpa, 2018).

In der Dämmerung, nach der erfolgreichen Gegendemonstration, wird die Stimmung unter den Gegendemonstrant*innen zunehmend bedrückter. Viele Teilnehmenden machen sich Sorgen um einen sicheren Heimweg und suchen sich mitunter größere Gruppen, um unversehrt nach Hause zu kommen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Menschen nicht frei durch die Stadt bewegen können: In der ganzen Stadt befinden sich Polizist*innen mit Wasserwerfern und Räumpanzern und

teilen Heimwege auf, um Zusammenstöße zwischen unterschiedlichen politischen Lagern zu verhindern. Letzteres gelingt jedoch nicht flächendeckend.

So wird eine kleine Gruppe Gegendemonstrant*innen, die sich nur fünf bis zehn Minuten entfernt vom Ort der beendeten Gegendemonstration auf dem Heimweg befindet, von einer Gruppe Neonazis angegriffen. Ein Betroffener beschreibt diese später als „Schlägertrupp“, der Beleidigungen brüllte und Menschen, die nicht in das Weltbild der Neonazis passten, zielgerichtet aus der Menge fischte und auf diese einprügelte. Er berichtet davon, wie die Rechten ihn und seine Begleiter*innen umringten, ein Plakat von der Gegendemonstration entrissen und dieses zerstörten; und von Schlägen und Tritten, welche sich gegen ihn und seine Freund*innen richteten (VBRG, 2021). Mehrere Menschen werden bei diesem Angriff verletzt. Die Gruppe Neonazis aber zieht weiter; die Angreifer haben offensichtlich nicht das Gefühl, nach so einer Gewalttat fliehen zu müssen. Sie laufen in Richtung des Ortes, an dem die Gegendemonstration „Herz statt Hetze“ stattgefunden hat, und greifen auf dem Weg noch weitere Personen an, die sie der Gegendemonstration zurechnen.

Der letzte bekannte Angriff dieser Gruppe Neonazis an jenem Tag richtet sich gegen eine Gruppe von SPD-Mitgliedern und anderen Personen aus Marburg, die gemeinsam mit einem Bus nach Chemnitz angereist sind, um die Gegendemonstration zu unterstützen. Wie Betroffene später in einem Interview erzählen, werden sie zunächst als „Deutschlandverräter“ beschimpft und anschließend auch angegriffen. Einzelne Personen werden von den Rechten gepackt und auf sie eingeschlagen (Süß, 2023). Auch hier werden Fahnen entwendet und zerstört. Beschrieben wird auch, wie die Rechten explizit auf eine nicht-weiße Person der Gruppe zeigten und meinten, dass sie sich diese Person schnappen würden (ebd.). Einige der Gegendemonstrant*innen aus Hessen können sich durch Flucht der Situation entziehen, auch von den anderen lassen die Täter jedoch schnell ab und verschwinden.

Schon während des Aufmarsches gehen Bilder und Videos in den sozialen Netzwerken viral, die mehr als ein Dutzend Rechte aus Braunschweig, Dortmund und Dresden zeigen, wie sie bereits auf der Demonstration Journalist*innen angreifen (Kleffner, 2020, 299). Vieler dieser Rechten auf den Bildern und Videos sind mittlerweile aufgrund der Angriffe auf Gegendemonstrant*innen angeklagt.

IM ERMITTLUNGSVERFAHREN: ANDAUERENDE HÜRDEN AUF DEM WEG ZUR GERECHTIGKEIT

Nur wenige Minuten nach dem letzten Angriff war die Polizei vor Ort. Doch schon hier stoßen die Betroffenen auf erste Hürden. Ein Betroffener kann sich in einem Interview noch an den Funkspruch erinnern, welchen die Polizei durchgab: „Hier gab es eine Auseinandersetzung zwischen links und rechts“ – eine Formulierung, die sowohl die Situation verkennt als auch Angreifer und Betroffene gleichstellt. Außerdem hätten die Beamt*innen ihnen zu verstehen gegeben, dass eine Anzeige nicht erfolgreich verlaufen und sich deswegen nicht lohnen würde (Kleffner, 2020, 300). Dennoch stellen verschiedene Betroffene noch vor Ort Anzeigen. Auch hatten Betroffene bei diesen ersten Vernehmungen immer wieder das Gefühl, dass die Vermutung mitschwingt, sie hätten die Neonazis provoziert und deswegen sei es zu dem Angriff gekommen (Kleffner, 2020, 300). Damit sei erneut, wie schon am Abend des Vorfalls, eine Gleichstellung von Betroffenen und Tätern durch der Beamt*innen erfolgt.

Nachdem der SPD-Bundestagsabgeordnete Sören Bartol den Angriff am Abend des 1. September 2018 auf Twitter veröffentlichte, versicherte die Pressestelle der Polizei Chemnitz am nächsten Tag, dass sie die Geschehnisse schnell erhellen würde (Kleffner, 2020, 300). Aus der Sicht der Betroffenen ist danach nicht mehr viel passiert. Einige berichten später, dass sie davon ausgingen, dass das Verfahren eingestellt wurde. Zum Teil suchten sich Betroffene Hilfe bei Beratungsstellen, vor allem bei der Beratungsstelle *SUPPORT* für Betroffene rechter Gewalt aus Sachsen und *Response*, der Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt in Hessen. Die Beratungsstellen geben an, dass erst über ein Jahr später, im Oktober 2019, Betroffene aus Chemnitz bei der Polizei vorgeladen wurden, um ihre Aussagen zu machen. Dort wurden ihnen unter anderem Fotos der potenziellen Täter vorgelegt – aufgrund der langen Zeit, die inzwischen vergangen war, waren sich viele Personen aber nicht mehr sicher, ob es sich bei den abgebildeten Personen um die Angreifer handelte. All dies hinterließ bei ihnen nicht das Gefühl, dass das Ermittlungsverfahren von den zuständigen Beamt*innen ernst genommen wird. Zumindest schien nun aber etwas in Bewegung zu sein.

Im Ermittlungsverfahren stießen die Betroffenen auf weitere Hindernisse. Betroffene, so beschreiben die Berater*innen der Opferberatungen den Prozess heute, stellten einen Antrag auf die Änderung

ihrer ladungsfähigen Anschrift nach § 68 der Strafprozessordnung. Dieser Paragraph erlaubt, dass Zeug*innen statt ihrer Wohnanschrift auch eine andere, ladungsfähige Adresse angeben können. Laut Aussage der Betroffenen wurden sie auf diese Möglichkeit während ihrer Aussagen bei der Polizei nicht hingewiesen (Kleffner, 2020, 301). Da die Angeklagten Akteneinsicht bekommen, würden diese sonst die Anschrift der Betroffenen erfahren. „Auf diese Art und Weise besorgten sich Neonazis in der Vergangenheit die Adressen politischer Gegner*innen, die sie dann in sogenannten Anti-Antifa-Listen veröffentlichten“ (VBRG, 2018, 14). Diese Anträge wurden von der Generalstaatsanwaltschaft Dresden, welche mittlerweile die Ermittlungen übernommen hatte, abgelehnt. Sie argumentierte damit, dass keine Umstände ersichtlich seien, dass die Gefahr bestehen würde, dass auf die Betroffenen und Zeug*innen von den Rechten vor dem Verfahren eingewirkt werden würde. Und dass, obwohl einige der Angeklagten bekannt, einschlägig vorbestraft und Wiederholungstäter waren. Mit Hilfe der Beratungsstellen konnte Einspruch eingelegt werden und diesem wurde auch nachgegeben.

GEDULD AUF DIE PROBE GESTELLT: VERZÖGERUNGEN UND UNSICHERHEIT IM STRAFVERFAHREN

„Gerade in Fällen von rechts, rassistisch und antisemitisch motivierten Botschaftstaten [ist] eine schnelle prioritäre Antwort des Rechtsstaates auch als deutliches Signal in die Gesellschaft dringend notwendig“ (VBRG, 2022).

Im Oktober 2021 und damit über drei Jahre nach den Ereignissen wurden 27 Personen wegen Landfriedensbruch in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung in elf tateinheitlichen Fällen am Landgericht Chemnitz angeklagt. Die Angeklagten stammen aus Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Thüringen und Bayern. Das Verfahren wurde aufgrund der großen Anzahl von 27 Angeklagten in drei Strafverfahren aufgeteilt – zwei Verfahren für erwachsene Angeklagte und ein Jugendverfahren.

Einige der Betroffenen hatten sich gemeinsam mit den Beratungsstellen dafür entschieden, sich der Anklage als Nebenkläger*innen anzuschließen und somit eine aktive Rolle im Prozess einzunehmen. Nebenkläger*innen können bei der gesamten Hauptverhandlung anwesend sein, haben das Recht, Zeug*innen und Angeklagte selbst oder über ihre

Anwält*innen zu befragen, Beweisanträge zu stellen oder Sachverständige abzulehnen, und ihre Anwält*innen bekommen Akteneinsicht. Um als Nebenkläger*innen auftreten zu können, mussten die Betroffenen einen Antrag an das zuständige Gericht stellen (VBRG, 2018, 36). Damit die Kosten der Anwält*innen auch übernommen werden, haben die Betroffenen auch einen Antrag auf Prozesskostenhilfe und auf Bestellung eines Beistandes für die Kosten für das Hinzuziehen von Anwält*innen gestellt. Beide Anträge wurden teilweise abgelehnt und erst nach eingelegtem Widerspruch der Anwält*innen bewilligt. Für die Betroffenen entstand eine unüberblickbare Sammlung an Schreiben und eine große Unsicherheit darüber, welches Kostenrisiko die Nebenkläger*innen eingehen würden.

Seit der Anklageerhebung im Oktober 2021 wurde bislang nur eines der drei Verfahren terminiert. Die Nebenklagevertreter*innen wurden im Juni 2023 über dessen Verfahrensbeginn im Dezember 2023 unterrichtet und entsprechend geladen. Die Anwält*innen stellten mehrere Sachstandsanfragen mit der Nachfrage nach dem aktuellen Stand an das Landgericht. Das Gericht war und ist bis heute jedoch nicht transparent in der Erklärung der langen Verfahrensdauer.

Das Verfahren gegen neun Angeklagte wird im Dezember 2023 starten und sich bis in das Jahr 2024 über elf geplante Verhandlungstage ziehen. Für viele Betroffene ist der Verfahrensbeginn eine gute und eine schlechte Nachricht zugleich. Auf der einen Seite haben sie das Gefühl, dass es endlich dazu kommen könnte, dass die Neonazis für die Taten an ihnen bestraft werden, und spüren ein wenig Hoffnung. Auf der anderen Seite steigt die Angst davor, in wenigen Monaten in einem Gerichtssaal vor den Tätern zu sitzen. Da nach wie vor unklar ist, wann die anderen beiden Verfahren zu diesen Angriffen am Landgericht Chemnitz starten werden, scheint kein Abschluss für die Betroffenen in Sicht.

VERLORENE JAHRE: WIE LANGWIERIGE STRAFVERFAHREN OPFER VON RECHTER GEWALT BELASTEN

Personen, die sich am 1. September 2018 den rechten Demonstrationen entgegenstellten und deshalb angegriffen wurden, erlitten nicht allein körperliche Verletzungen. Die Angriffe führten auch zu seelischen Folgen bei den Betroffenen. Einige mieden, wie sie später auch in Interviews erzählten, in den Monaten danach Demonstrationen. Andere Betroffene erzählten, wie ihre Gedanken wochenlang rund um

den Angriff kreisten und sich ein Gefühl der Unsicherheit breit machte.

Darüber hinaus ist es nicht nur der Angriff selbst, auch die lange Verfahrensdauer hat Auswirkungen auf die Betroffenen. Der Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betont, dass derlei Erfahrungen zu einer verstärkten Viktimisierungserfahrung führen können (VBRG, 2022). Durch die fehlende Unterstützung der Ermittlungsbehörden und des Gerichtes haben Betroffene das Gefühl, dass der Staat nur ein sehr begrenztes Interesse daran hat, rechte Straftaten zu verfolgen. Eine derart lange Verfahrensdauer ist für sie ein Zeichen der Verharmlosung der an ihnen verübten Taten. Auch haben sie weder den Eindruck, dass das Gericht sie bei dem anstehenden Prozess unterstützen, noch das Gefühl, dass der Staat oder das Gericht sie zukünftig schützen wird.

Der Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstreicht, dass dies über den konkreten Fall hinaus hat: „Dieser Vertrauensverlust erfasst sowohl die jeweils angegriffenen Betroffenen als auch darüber hinaus die gesamte Betroffenengruppe und wirkt sich auf die Verfasstheit des demokratischen Rechtsstaats aus“ (VBRG, 2020). Entsprechend erwähnen auch die Betroffenen vom 1. September 2018 in Interviews und gegenüber den Beratungsstellen immer wieder, dass sie generell das Vertrauen in den Rechtsstaat verloren haben. Einzelne von ihnen, so erzählen es die Berater*innen, bereuen es mittlerweile, damals Anzeige erstattet zu haben. Ihnen fehlt das Vertrauen, dass das Verfahren eine tatsächliche Wirkung auf die Täter haben wird. Sie spüren jedoch, welchen Einfluss und wie viele negative Konsequenzen der Kampf um Gerechtigkeit für ihre Leben hatte: Wenn sie in die Nebenklage gegangen sind, tragen sie ein Kostenrisiko, sie mussten sich mit Gericht und Staatsanwaltschaft streiten, immer wieder Termine bei Beratungsstellen und Anwalt*innen wahrnehmen und bei diesen Terminen kamen die Erinnerungen an die Angriffe immer wieder. Ihre Erfahrungen konnten sie jahrelang nicht loslassen. Verarbeitungswege eines solchen Angriffes brauchen bei jedem Menschen unterschiedlich viel Zeit. Meist rücken die Erfahrungen jedoch nach einigen Wochen wieder in den Hintergrund, sie können sich wieder auf ihren Alltag konzentrieren und die Ängste lassen nach (VBRG, 2018). Den Betroffenen vom 1. September 2018 fiel das leider nicht so leicht. Immer wieder kamen Briefe, Ablehnungen der Nebenklage oder eine Ablehnung der Beordnung, immer wieder

mussten neue Briefe an das Gericht oder die Staatsanwaltschaft geschrieben werden, immer wieder brauchte es eine Absprache mit Anwalt*innen und den Beratungsstellen. Gleichzeitig hatten die Unwissenheit über den aktuellen Stand des Verfahrens und das andauernde Warten auf neue Informationen maßgeblichen Einfluss auf die fünf Jahre im Leben der Betroffenen. Jahr für Jahr wurde die Hoffnung laut, dass in diesem oder jenem Jahr das Verfahren ja sicher starten werde. Berater*innen von der Opferberatung SUPPORT erzählen, wie Betroffene, nachdem im Juni 2023 die Anklage endlich erhoben wurde, fragten, ob sie in diesem Sommer Urlaub machen könnten. Sie hatten Angst, dass sie ihren Urlaub wegen Aussagen vor Gericht unterbrechen müssten oder nicht am Prozess partizipieren könnten.

FOLGENLOSER VERLAUF: WIE RECHTE TÄTER ÜBER FÜNF JAHRE UNBEHELIGT BLIEBEN

Während für die Betroffenen die lange Verfahrensdauer zu den beschriebenen Problemen führt, mussten sich die Täter über fünf Jahre lang nicht mit den Folgen ihrer Taten konfrontieren, über fünf Jahre gab es für sie keine Konsequenzen. In dieser Zeit konnten die Rechten ihren politischen Aktivitäten nachgehen, sich radikalieren und ihre menschenverachtenden Meinungen verbreiten. Einige begingen in den Jahren bis zum diesjährigen Prozessbeginn weitere Straftaten und verletzten weitere Menschen (Kleffner, 2020, 301). Bei ihnen muss der Eindruck entstanden sein, dass ihnen nicht viel passieren kann und es keine schwerwiegenden Folgen gibt. Sie erlebten über fünf Jahre eine Art Straflosigkeit. Der Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt warnt sogar vor einem steigenden Selbstvertrauen der rechten Täter durch eine mangelnde Strafverfolgung und warnt davor, dass dies auch potenzielle Nachahmungstäter bestärken könnte (VBRG, 2022).

Laut Anklage soll unter anderem Steven Feldmann aus Dortmund Teil der Gruppe gewesen sein, die am 1. September 2018 Gegendemonstrierende angriff, sie verletzte und ihre Fahnen und Plakate zerstörte. Anhand seiner Geschichte soll hier exemplarisch dargestellt werden, wie rechte Akteure in der Zwischenzeit ihre menschenverachtenden Aktivitäten weiterbetrieben und sogar ausbauen konnten. Feldmann ist ein mehrfach vorbestrafter Gewalttäter (Ayyadi, 2023) und wurde wegen rechten Gewalttaten schon mehrfach verurteilt (Lenze, 2023). In den letzten fünf Jahren, in denen er sich für die gewalttätigen Angriffe nicht vor dem Landgericht in Chemnitz

verantworten musste, hat er sich ein neues Betätigungsfeld aufgebaut: Er ist „so etwas wie ein Neonazi-Influencer aus der militanten Dortmunder Szene“ (Ayyadi, 2023). Er besitzt einen erfolgreichen TikTok-Account und ist beliebter Gast in Livestreams von Rappern und YouTubern. Feldmann, der damit zahlreiche junge Männer erreicht, nutzt die Plattformen, um seine faschistische Ideologie zu verbreiten und die Kommentare unter seinen Beiträgen sprechen für seinen Erfolg. Zwar befand sich Feldmann seit November 2018 für einige Zeit in der JVA Werl in Haft, jedoch hatte dies nichts mit den Angriffen in Chemnitz, sondern mit anderen Straftaten zu tun. Auch schien er sich nach dieser Haftzeit mit Gewalttaten nicht zurückzuhalten. Anfang 2023 wurde er aufgrund verschiedener Straftaten – unter anderem, weil er aus rassistischen Motiven einen Sinto brutal angegriffen haben soll – wieder zu einer Haftstrafe verurteilt (Ayyadi, 2023). Das bedeutet, dass er wahrscheinlich noch vor dem Prozessbeginn zu den Angriffen 2018 in Chemnitz wegen anderen Gewalttaten in Haft sitzen wird.

Bei Prozessen, die sich den Geschehnissen am 1. September 2018 in Chemnitz widmen, sind für die elf Angeklagten keine hohen Strafen mehr zu erwarten. Denn ein langer Zeitraum zwischen Tat und Urteil und auch eine überlange Verfahrensdauer müssen sich in der Strafbemessung niederschlagen. Eine lange Verfahrensdauer wird in der Regel immer als strafmildernd zugunsten der Angeklagten gewertet (VBRG, 2022). Schon bei dem Prozess zu dem sogenannten „Überfall auf Connewitz“ hatte die lange Verfahrensdauer Rechte vor Haftstrafen bewahrt (Weber, 2022).

Diese verspäteten Urteile und womöglich eher geringen Strafen sind kein deutliches Signal gegen rechte Gewalt. Im Gegenteil scheinen sie diese regelrecht zu verharmlosen.

GESAMTKONZEPT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN SACHSEN: VERSPRECHEN UND REALITÄT

Die Grundlagen, um eine solche Verschleppung von Strafverfahren gegen rechte Täter zu verhindern, sind geschaffen. In ihrer Kabinettsitzung am 21. Dezember 2021 beschloss die Sächsische Staatsregierung das sogenannte „Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus“, in dem explizit auch auf die Strafverfolgung eingegangen und ein konsequentes Vorgehen der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden als Zielvorgabe festgesetzt wird (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftliches Zusammenhalt, 2022). So seien Tatver-

dächtige zügig im Strafverfahren ihrer Strafe zuzuführen, um andere potenzielle Täter*innen von der Begehung vergleichbarer Taten abzuschrecken. Gleichzeitig soll damit den Betroffenen gezeigt werden, dass Recht durchgesetzt wird, womit das Vertrauen in den Rechtsstaat gestärkt werden soll (ebd., 10). Im Zuge des Gesamtkonzeptes wurden bereits verschiedene Maßnahmen getroffen – wie z.B. die Neuausrichtung des Polizeilichen Staatsschutzes und die Einrichtung der „Sonderkommission Rechtsextremismus“ (Soko Rex) unter dem Dach des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrums beim Landeskriminalamt (ebd., Anlage 3, 3). Außerdem wurde eine Stärkung der Staatsanwaltschaften, insbesondere der Zentralstelle Extremismus Sachsen, angestoßen (ebd., Anlage 3, 5).

Trotz der Verabschiedung des Gesamtkonzeptes vor über zwei Jahren werden die dort formulierten Ziele, potenzielle Täter*innen abzuschrecken und das Vertrauen der Betroffenen in den Rechtsstaat zu sichern, im Hinblick auf die Verfahren bzgl. des 1. September 2018 in Chemnitz klar verfehlt.

HOFFNUNG AUF GERECHTIGKEIT

Dennoch hoffen die Betroffenen darauf, dass das anstehende Strafverfahren zumindest ein gewisses Maß an Gerechtigkeit bringen wird. Es ist zu hoffen, dass die Erfahrungen und Schwierigkeiten der Betroffenen, die in diesem Artikel beschrieben wurden, in Zukunft dazu beitragen werden, die Strafverfolgung rechter Gewalttaten zu verbessern und die Rechte der Betroffenen zu stärken. Dieser Rückblick auf die letzten fünf Jahre zeigt, dass der Weg zur Gerechtigkeit oft steinig und voller Hindernisse ist, aber er betont auch die Notwendigkeit, weiterhin für eine effektive Strafverfolgung und die Bekämpfung rechter Gewalt einzutreten. Die Betroffenen und ihre Unterstützer*innen haben sich trotz der Widrigkeiten nicht entmutigen lassen, und dieser Artikel zeugt von ihrer Entschlossenheit und ihrem Willen, für Gerechtigkeit und gegen rechte Gewalt einzutreten.

DIE CORONA-PROTESTE UND DAS (NICHT-)HANDELN DES FREISTAATES

THORSTEN MENSE

WIE DER NACHSICHTIGE UMGANG VON POLIZEI, JUSTIZ UND LANDESPOLITIK ZU EINER RADIKALISIERUNG UND STÄRKUNG DER RECHTEN PROTESTBEWEGUNG IN SACHSEN BEITRÄGT

EINLEITUNG

Immer wieder stehen die Justiz- und Sicherheitsbehörden des Freistaates Sachsen wegen ihres Umgangs mit dem Phänomen Rechtsextremismus in der Kritik. Es lässt sich beobachten, dass rechte Straf- und Gewalttaten oftmals mit wenig Eifer verfolgt werden und nur zu geringen Strafen führen. Dabei kann Sachsen bundesweit als eines der Zentren des (militanten) Rechtsextremismus und Neonazismus angesehen werden; die größten rechten und rassistischen Protestbewegungen der letzten zehn Jahre waren im Freistaat beheimatet (vgl. Kailitz, 2021; Decker et al., 2023). Es ist also eine Diskrepanz festzustellen zwischen dem rechtsextremen Bedrohungspotenzial, wie es auch wissenschaftliche Institutionen und Nichtregierungsorganisationen hervorheben, und dem nachsichtigen staatlichen Handeln gegenüber diesen antidemokratischen Bewegungen.

Dargestellt wird dieses Problem im Folgenden angesichts des Corona-Protestmilieus, das sich in Sachsen seit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 herausgebildet hat: die „Querdenken“-Proteste, der „stille Protest“ an der B96 sowie die „Spaziergänge“ und Montagsdemonstrationen. Anfangs richteten sich die Proteste vorrangig gegen die staatliche Pandemie-Politik und stellten die Gefährlichkeit (oder die Existenz) von Covid-19 in Frage. Im Laufe der letzten drei Jahre kamen weitere Themenfelder hinzu (v.a. der Ukrainekrieg, die Energiekrise und die Asyl-/Migrationspolitik). Zeitweise brachten die Montagsdemonstrationen landesweit wöchentlich zwischen 30.000 und 70.000 Menschen auf die Straßen. Die Corona-Protestbewegung in Sachsen war von Beginn an von rechten Akteuren und Inhalten dominiert. Mit zunehmender Radikalisierung

der Protestbewegung ging auch ein immer offensiveres Auftreten rechtsextremer Einzelpersonen und Gruppen einher, ohne dass sich andere Teile der Bewegung zurückzogen oder distanzierten. Seit Frühjahr 2021 entwickelte sich die neugegründete rechtsextreme Partei *Freie Sachsen* zum maßgeblichen Akteur der Proteste, in deren Zusammenhang es regelmäßig auch zu Gewalt und Bedrohungen gegenüber Polizeikräften, Politiker:innen und Pressevertreter:innen kam. Die Corona-Protestbewegung in Sachsen kann daher als eine antidemokratische Bewegung charakterisiert werden.

Der staatliche wie politische Umgang mit dieser Protestbewegung war im Freistaat von großer Nachsichtigkeit und Dialogbereitschaft geprägt. Zehntausendfache Verstöße gegen Auflagen sowie zahlreiche Straftaten wurden kaum verfolgt. Auch taten sich die Sicherheitsbehörden mit einer Einstufung der Proteste als Teil einer rechten, antidemokratischen Protestbewegung schwer, wie hier exemplarisch am Beispiel der Querdenken-Großdemonstration vom 7. November 2020 in Leipzig mit über 40.000 Teilnehmenden, die in einem illegalen Aufzug über den Leipziger Ring und massiven Ausschreitungen unter großer Beteiligung von rechten Hooligans und Neonazis mündete, aufgezeigt werden soll. Im Anschluss an die Demonstration gab es große Kritik, es war die Rede von „Kontrollverlust“ und „Staatsversagen“. Für die hier vorliegende Untersuchung ist dieses Großereignis aus drei Gründen von Bedeutung: Erstens lässt sich das Gewaltpotenzial der Corona-Protestbewegung² und die Dominanz rechtsextremer Akteure, die im Wortsinn die Proteste anführten, aufzeigen. Zweitens wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung die Bedeutung solcher Großereignisse für die rechtsextreme Szene hervorgehoben: Kollektive Regelverstöße und Gewaltausbrüche, bei denen die Protagonist:in-

2) In anderen Publikation ist von der Bewegung der Pandemie-Leugner:innen oder „Querdenkern“ die Rede. In Sachsen war jedoch, wie im Folgenden gezeigt wird, die Pandemie zwar der Anlass für die Proteste, das einende Moment bestand aber nicht in erster Linie in der Kritik an der staatlichen Pandemie-Politik oder in der Leugnung der Pandemie, sondern in einer diffusen Mischung rechtsautoritärer Motive. Daher wird hier mit „Corona-Protestbewegung“ ein weiter gefasster Begriff verwendet.

nen das Gefühl haben, dem Staat überlegen zu sein und den öffentlichen Raum (zumindest zeitlich oder räumlich punktuell) zu beherrschen, führen zu einem erstarkenden Selbstbewusstsein in der rechtsextremen Szene und oftmals auch zu einer Radikalisierung (vgl. Kleffner, 2016; Virchow, 2022). Ob und in welchem Maße das passiert, und dies ist der dritte Grund für die Auswahl des Fallbeispiels, hängt auch davon ab, wie der Staat im Nachhinein mit den Verstößen und den Gewalttäter:innen umgeht, also ob und in welchem Maße es juristische Konsequenzen gibt.

Im Folgenden werden zunächst die Geschehnisse rund um die Querdenken-Demonstration vom 7. November 2020 dargestellt. Anschließend wird diese eingeordnet in die Corona-Protestbewegung in Sachsen, die erst nach der Demonstration, und ganz besonders im Winter 2021/2022, ihr größtes Ausmaß erreichte. Hierbei werden die Inhalte, Akteure und Protestformen genauer dargestellt, um ihren genuin antidemokratischen Charakter freizulegen. Im Weiteren werden dann die staatlichen Reaktionen auf diese Proteste untersucht, mit besonderem Augenmerk auf die Großdemonstration in Leipzig im November 2020. Dabei soll auch diskutiert werden, welche Rolle der staatliche Umgang mit den Protesten bei ihrer Entwicklung und Radikalisierung spielte und welche andauernden Probleme sich daraus für die Demokratie in Sachsen ergeben. Abschließend soll ein Ausblick auf die weitere Entwicklung der rechten Protestbewegung gegeben werden, nachdem die Corona-Thematik stark an Bedeutung verloren hat.

„KATASTROPHE MIT ANSAGE“ - DER 7. NOVEMBER 2020 IN LEIPZIG

Am 7. November 2020 kam es in Leipzig zu einer Großdemonstration aus dem Milieu der „Querdenker“, zu der bundesweit mobilisiert worden war. Die Demonstration, die für den Augustusplatz und den Innenstadtring angemeldet war, wurde vom Bündnis „Querdenken-341“ (Leipzig) sowie „Querdenken-711“ (Stuttgart) unter dem Motto „Gemeinsam Geschichte schreiben. Friedliche Evolution“ bzw. „Versammlung für die Freiheit“ angemeldet. Entgegen der Verfügung seitens der Stadtverwaltung, die Versammlung auf den Platz der Neuen Messe abseits der Innenstadt zu verlegen, entschied das Oberverwaltungsgericht Bautzen am Samstagmorgen, die Demonstration als stationäre Kundgebung auf dem Augustusplatz mit maximal 16.000 Teilnehmenden zuzulassen. Jedoch kamen an dem Tag weitaus mehr Menschen nach Leipzig. Die Polizei sprach von

mindestens 20.000 Teilnehmenden, die Forschungsgruppe *Durchgezählt* sogar von 45.000. Damit war es die größte Querdenken-Demonstration in Deutschland während der Pandemie-Jahre 2020 bis 2023. Das angereiste Protestmilieu war sehr heterogen und reichte von politisch unorganisierten Unzufriedenen, Friedensbewegten und Esoteriker:innen über Impfgegner:innen, Pandemie-Leugner:innen und Anhänger:innen spiritueller wie antisemitischer Verschwörungserzählungen bis hin zu Reichsbürgern, rechtsextremen Hooligans und organisierten Neonazis. Herz-Luftballons schwebten zwischen Reichskriegsfahnen. 90 Prozent der Teilnehmenden trug von Beginn an keinen Mund-Nasen-Schutz und niemand achtete auf Abstand, obwohl beides Bestandteil sowohl der aktuellen Corona-Schutzverordnung als auch der gerichtlichen Auflagen für die Demonstration war. Aufgrund der zahlreichen Verstöße und weil der Versammlungsleiter die behördlichen Auflagen nicht durchgesetzt habe, wurde die Versammlung von Behördenseite kurz nach 15:30 Uhr vorzeitig für beendet erklärt. Im Anschluss eskalierte die Situation, als sich trotz des Verbotes mehrere tausend Teilnehmende auf den Weg über den Leipziger Ring machten, angeführt von mehreren hundert rechten Hooligans und Neonazis. Es kam zu massiven Ausschreitungen und Gewaltausbrüchen, Polizeiketten wurden durchbrochen und Einsatzkräfte mit Pfefferspray, Flaschen und Pyrotechnik angegriffen. Am Rande wurden Journalist:innen und vermeintliche Linke, aber auch Menschen, die bloß einen Mund-Nasen-Schutz trugen, bedroht und attackiert (Ulrich, 2020). Nach Angaben der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju/ver.di) waren mindestens 32 Pressevertreter:innen von Angriffen betroffen. Das zivilgesellschaftliche Bündnis „Leipzig nimmt Platz“, das einen Gegenprotest organisiert hatte, forderte am Nachmittag über Soziale Medien ihre Teilnehmer:innen auf, die Innenstadt zu verlassen, da ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Während zehntausende „Querdenker“ auf dem Ring demonstrierten und Neonazis ihnen mit Gewalt den Weg bereiteten, veranstalteten andere Pandemie-Leugner:innen unter dem Ruf „Wir sind frei – Corona ist vorbei“ in der Innenstadt eine Polonaise. Für mehrere Stunden hatte die Protestbewegung die Innenstadt übernommen und sie zu einem rechtsfreien und von Rechten besetzten Raum gemacht. Der Soziologe David Begrich sprach im Anschluss gegenüber der *Tageszeitung* von einer „Katastrophe mit Ansage“, denn die rechtsextreme Szene hatte lange und intensiv für diesen Tag bun-

desweit mobilisiert. Schon zuvor waren Rechtsextreme auf Querdenken-Demonstrationen und auch bei den Corona-Protesten in Sachsen mitgelaufen, diesmal aber gab es eine bisher ungewohnte offene aktive Zusammenarbeit und einen öffentlichen Schulterschluss zwischen den verschiedenen Milieus – was im Anschluss sowohl von den Neonazis als auch den „Querdenken“-Organisator:innen als positiv gewürdigt wurde (vgl. Litschko, 2021).

Die Gewalteskalation und das zurückhaltende Vorgehen der Polizei sorgten bundesweit für großes Entsetzen. Parteien, Medien und sogar Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer sprachen von „Staatsversagen“ (Decker, 2020), die damalige Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) von „marodierenden Gewalttätern“, denen die Polizei „nicht das Feld überlassen“ dürfe. Die damalige Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock zog Parallelen zu den rassistischen pogromartigen Ausschreitungen von Chemnitz (2018) und Heidenau (2015) und kritisierte, dass Polizei und Staat vor den Pandemie-Leugner:innen und Neonazis zurückgewichen seien. Auch in der sächsischen Innenpolitik sorgten die Ausschreitungen für große Diskussionen, bis hin zu Rücktrittsforderungen an den damaligen Innenminister Roland Wöllner (CDU) (Bartsch, 2020).

DIE CORONA-PROTESTBEWEGUNG IN SACHSEN

Im Folgenden soll die Corona-Protestbewegung im Freistaat Sachsen näher beleuchtet sowie hinsichtlich ihrer Inhalte, Akteure und Protestformen eingeordnet werden.

Stiller Protest an der B69:

Bereits im Mai 2020, kurz nach Beginn der Covid-19-Pandemie, wurde in sozialen Medien zum „stillen Protest“ gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen entlang der Bundesstraße B96 in der Region Oberlausitz aufgerufen. Dieser Protest etablierte sich bald als regelmäßiger wöchentlicher Termin, an dem sonntagvormittags in der Regel mehrere hundert Menschen teilnahmen, bisweilen waren es sogar über tausend Teilnehmende. Auch wenn sich die Proteste vordergründig gegen die Corona-Maßnahmen richteten, wurden sie im Erscheinungsbild von Fahnen des Deutschen Reiches dominiert, ein Symbol des Rechtsextremismus sowie des Reichsbürger-Milieus. Dazu kamen vielfältige Schilder mit extrem rechten, antisemitischen und verschwörungsideologischen Inhalten, außerdem „Fahnen des Königreichs Sachsen, deutsch-russische Freundschaftswimpel und

vereinzelt AfD-Fähnchen“ (Huld, 2020). In der fast 3.000 Mitglieder starken, geschlossenen Facebook-Gruppe „Stiller Protest B96“ wurde vor einer beginnenden Diktatur ebenso wie vor einem neuen Sozialismus gewarnt, verbunden mit Globalisierungsskepsis und Kapitalismuskritik (ebd.). Von Beginn an waren am „stillen Protest“ auch organisierte Rechtsextreme sowie Politiker:innen der AfD beteiligt, die teilweise die Proteste auch organisierten (vgl. Kollektiv 15°Research, 2021; Leber, 2021).

Montagsdemonstrationen:

Ebenfalls kurz nach Beginn der Pandemie wurden in Sachsen die „Spaziergänge“ zur hauptsächlichen Protestform der Corona-Proteste. Um nicht unter das Versammlungsrecht zu fallen und so die versammlungsrechtlichen Einschränkungen der sächsischen Corona-Schutzverordnungen zu umgehen, wurde zu „Spaziergängen“ aufgerufen.³ Auf diese Weise „versuchten Protestierende die Gesetzeslage zu umgehen, ein bürgerliches Bild zu vermitteln und mit gleichzeitig an verschiedenen Orten stattfindenden Veranstaltungen die Polizei zu überfordern“ (Lamberty et. al, 2022, 3). Vor allem im Winter 2021/2022 brachte diese Protestform landesweit an Montagabenden zeitweise mehrere zehntausend Menschen auf die Straße, obwohl von November 2021 bis Januar 2022 nur Versammlungen mit zehn Personen erlaubt waren.⁴ Der sächsische Verfassungsschutz schreibt: „Im letzten Quartal des Jahres 2021 [fanden] nahezu täglich sachsenweit nicht angemeldete sog. Protestspaziergänge gegen die Corona-Verordnungen statt.“ (LfV, 2022, 21). Zu jener Zeit bewarb die rechtsextreme Partei *Freie Sachsen* auf ihrem Telegram-Kanal jede Woche weit über hundert solcher „Spaziergänge“.

Immer wieder kam es im Zuge der „Spaziergänge“ zu Angriffen auf Pressevertreter:innen und die Polizei. Mit der massiven Ausbreitung der Proteste ging auch eine Radikalisierung einher: „Im Frühjahr 2022 wurden die Querdenker:innen im Zuge der sogenannten ‚Montagsspaziergänge‘ von einer nach rechts offenen zu einer – zumindest in Teilen – offen rechten Bewegung, in der vielerorts Rechtsextreme eine tragende Rolle spielten. Die Gewalt nahm zu, Politiker:innen wurden vor ihren Haustüren bedroht.“ (Amlinger/Nachtwey, 2022, 217) Für

3) Das Innenministerium stellte jedoch klar, dass auch diese „Spaziergänge“ unter das Versammlungsrecht fallen (vgl. Drs 7/8659).

4) Vom 10. bis 30. Januar 2022 fanden in Sachsen landesweit wöchentlich 240 bis 260 Versammlungen der Corona-Protestbewegung statt, mit 33.400, 52.600 und 67.800 Teilnehmenden pro Woche (vgl. die Kleinen Anfragen Drs 7/8795, Drs 7/8861 und Drs 7/8957).

großes Aufsehen sorgte hier unter anderem ein Fackelaufmarsch vor dem Haus der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) im Dezember 2021 in Grimma.

EINE ANTIDEMOKRATISCHE BEWEGUNG

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass das Protestmilieu, das sich in Deutschland seit Beginn der Pandemie gegen den staatlichen (und auch wissenschaftlichen) Umgang mit ihr entwickelte, sehr heterogen war. Die Teilnehmer:innen waren „wohlsituierte Familien mit Kindern, altgewordene Hippies, Atomkraftgegner:innen, Esoteriker:innen und eben auch Rechte unterschiedlicher Couleur. [...] Auf den Demonstrationen wurden oft Regenbogenfahnen mit dem Pace-Schriftzug getragen, daneben aber auch Reichsflaggen. Viele der Protestierenden wähten sich auf dem Weg in eine Diktatur, zogen den Vergleich zum Nationalsozialismus. Einige trugen sogar Judensterne.“ (Amlinger/Nachtwey, 2022, 353f.) Die Amadeu Antonio Stiftung (2022) ergänzt: „Dazu gehörten aber auch immer wieder Akteur*innen oder Gruppen, die sich als politisch links oder alternativ verstehen, oder solche, die ‚bürgerlich‘ erscheinen. Sie lehnen die parlamentarische Demokratie ab, bezeichnen sich aber als Demokrat*innen.“ Die Stiftung spricht daher von einem „demokratiefeindlichen Misch-Milieu“ (ebd.). Anders als in Westdeutschland, wo die Corona-Proteste mehrheitlich von Menschen getragen wurden, die ursprünglich aus einem links-alternativen Milieu stammen (vgl. Frei/Nachtwey, 2021; Amlinger/Nachtwey, 2022), wurden die Proteste in Ostdeutschland – und so auch im Freistaat Sachsen – von einem rechtsautoritären Milieu dominiert. Hierin liegt ein weiterer Grund, warum diese Proteste anschlussfähiger für die extreme Rechte waren und sind als in anderen Regionen Deutschlands. Oder genauer: Es gab und gibt eine größere inhaltliche und weltanschauliche Schnittmenge zwischen Kritiker:innen der Corona-Maßnahmen und rechten Bewegungen vor Ort. Hummel und Zschocke stellten für Leipzig und die ostdeutschen Bundesländer fest: „Verschwörungstheorien, Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, eine fehlende Abgrenzung nach Rechts sowie die seit spätestens 2021 dominante Reichsbürgerpropaganda sind jedenfalls von Beginn an Bestandteil des Protests.“ (Hummel/Zschocke, 2021, 218). Auch Quent und Richter beobachteten eine Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland: „Verschiedene Beobachtungen deuten darauf hin, dass die Proteste in Westdeutschland stärker von esote-

rischen, diffusen und verschwörungsgläubigen Akteuren getragen werden und in Ostdeutschland häufiger radikale und extreme Rechte das Bild der Proteste prägen.“ (Quent/Richter, 2021, 292)

Der antidemokratische Charakter der Corona-Protestbewegung bestand aber nicht nur in der Teilnahme radikaler und extrem Rechter, sondern auch in den dort vertretenen Inhalten. Diese setzten sich in ihrer großen Mehrheit aus autoritären, antidemokratischen und rechtsextremen Ideologiefragmenten zusammen (vgl. Humme/Zschocke, 2021; Kleffner/Meisner, 2021; Amadeu Antonio Stiftung, 2022; Netzwerk Tolerantes Sachsen, 2022). Dazu gehörten antisemitische Verschwörungserzählungen, ein sozialdarwinistisches und oftmals völkisches Gesellschaftsverständnis, populistisches Freund-Feind-Denken sowie Geschichtsrevisionismus und die Relativierung des Nationalsozialismus. Auf Schildern wurden vielfältige Gewaltphantasien ausgedrückt, Politiker:innen, Wissenschaftler:innen und Journalist:innen wurden in den Knast oder an den Galgen gewünscht. In Sachsen waren darüber hinaus in stärkerem Maße als in Westdeutschland weitere „corona-fremde“ rechte Inhalte präsent, vor allem die Ablehnung von Einwanderung und Asyl. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 sind darüber hinaus Forderungen nach „Frieden“ (hiermit ist ein Ende deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine gemeint), Sympathiebekundungen für Putin und Russlandfahnen auf fast allen Spaziergängen sichtbar. Zudem prägte in Sachsen rechtsextreme Symbolik, hier vor allem Reichsfahnen, von Beginn an die Protestveranstaltungen.

Neben den geteilten antidemokratischen Inhalten gibt es eine weitere Gemeinsamkeit aller Corona-Proteste: die konsequente Ablehnung und Missachtung sämtlicher Regeln sowie versamlungsbezogener Beschränkungen, die im Zuge des Infektionsschutzes zum Schutz der Gemeinheit erlassen wurden. Die Regelverstöße waren hierbei nicht bloß Begleitscheinungen der Proteste, sondern elementarer Bestandteil. Der Protest bestand aus dem kollektiven und öffentlichen (und oftmals mit Gewalt durchgesetzten) Regelverstoß. Der Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes, Dirk-Martin Christian, bezeichnete dies im November 2021 als grundlegendes Charakteristikum der Protestbewegung: „Die Idee eines gewaltsamen Widerstandes gegen demokratische Regeln gehört inzwischen zu den typischen Standardforderungen der Bewegung der Corona-Leugner.“ (Goertz, 2021, 16)

DIE CORONA-PROTESTE ALS TEIL EXTREM RECHTER MOBILISIERUNG IN SACHSEN

Bei genauerer Betrachtung lässt sich feststellen, dass die Corona-Proteste von ihrer Form, den Akteuren als auch inhaltlich in der Tradition der rechtsextremen und rassistischen Mobilisierung der Jahre ab 2013 gegen die Unterbringung von Geflüchteten stehen:

„Die Proteste konnten an die bereits bestehenden rechten Narrative aus der Welle der Vorjahre anknüpfen. Die rechtspopulistischen Erzählungen von ‚Lügenpresse‘, ‚Merkel-Diktatur‘ sowie der mangelnden Meinungsfreiheit schwenkten von der Flüchtlingspolitik auf die Corona-Politik. Der offene Rassismus wich einem antisemitischen Aufladen und dem Bündeln in rechten und antisemitischen Verschwörungserzählungen, selbstlegitimiert durch eine offene Wissenschaftsleugnung“ (Kulturbüro, 2022, 27f.).

Diese Verbindung lässt sich auch geografisch aufzeigen: So fanden die ersten Corona-Proteste an Orten statt, an denen auch die rassistischen Proteste in den Jahren ab 2013 am größten gewesen waren (z.B. in Chemnitz, Bautzen und im Erzgebirge). Die Hotspots der Protestbewegung waren in beiden Protestwellen oft dieselben und viele maßgeblich Beteiligte von damals waren auch diesmal an prominenter Stelle zu sehen (vgl. Amadeu Antonio Stiftung, 2022). Auch wenn die Corona-Protestbewegung nicht genau als rechtsextrem charakterisiert werden kann, waren ihre Proteste für die rechtsextreme Szene von großer Bedeutung und dienten als politische Bühne und Orte der Zusammenkunft und Vernetzung:

„Jene, die in den frühen 1990er Jahren rechtsradikal sozialisiert wurden, sind fast alle wieder da. Allerorten sind auf den Demos die früheren Führungskräfte der rechtsextremen Szene zu sehen. Sie sind heute Mitte vierzig, Anfang fünfzig – und merken, dass ihre Zeit gekommen ist.“ (Begrich 2022)

Auch an der Großdemonstration in Leipzig nahmen viele bekannte Führungspersönlichkeiten der rechtsextremen Szene aus dem ganzen Bundesgebiet teil.⁵

Auch die AfD hat sich – trotz anfänglicher parteiinterner Differenzen in Bezug auf den Umgang mit der Pandemie – schnell den Protesten angeschlossen und bisweilen auch selbst welche organisiert (vgl.

Steffen, 2021). Dass es sich hierbei in erster Linie nicht um eine Instrumentalisierung der Proteste handelte, sondern die Corona-Protestbewegung und die AfD vielmehr weltanschauliche Überschneidungen und Übereinstimmungen haben, lässt sich ebenfalls anhand der Leipziger Demonstration im November 2020 aufzeigen. Denn eine Auffälligkeit dieser Demonstration war die „performative Aneignung“ (Stach/Hartmann, 2020) der Leipziger Wendedemonstrationen von 1989. Diese drückte sich bereits in den Aufrufen zur Demonstration aus⁶ und ganz besonders am Tag der Versammlung selbst. Vergleiche mit der DDR-Diktatur und Bezüge auf die Leipziger Wendedemonstrationen waren überall präsent. Eine der meist gerufenen Parolen an dem Tag war „Frieden, Freiheit, keine Diktatur“. Ganz besonders die gegen das Verbot erzwungene Demonstration über den Leipziger Ring erschien wie ein Reenactment der Montagsdemonstrationen von 1989. Hier ist eine deutliche Übereinstimmung mit dem Narrativ der AfD zu sehen, die zu Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern mit dem Slogan „Wende 2.0“ warb und stets fordert, man müsse „die Wende vollenden“: Man lebe noch immer (oder wieder) in einer Diktatur und müsse das, was die Proteste 1989 begonnen haben, nun endlich zu Ende bringen und das Volk in die Freiheit führen.

FREIE SACHSEN ALS RADIKALISIERUNGS-BESCHLEUNIGER

Die Bedeutung der rechtsextremen Szene für die Proteste und umgekehrt auch der Proteste für die rechtsextreme Szene zeigt sich besonders deutlich an der Partei *Freie Sachsen*. Sie wurde im Februar 2021 im kleinen Städtchen Schwarzenberg im Erzgebirge gegründet und hat sich schnell zum zentralen Akteur der Corona-Protestbewegung in Sachsen entwickelt. Die Führungsriege der Partei besteht aus bekannten rechtsextremen Szenegrößen der Region Chemnitz, die bereits Erfahrung in rechter Mobilisierung mitbringen. Ihr Vorsitzender ist Martin Kohlmann, zugleich Chef der rechtsextremen Wählervereinigung *Pro Chemnitz*, für die er auch im Stadtrat sitzt. Er war maßgeblich an der Organisation der rechten Großdemonstrationen im Sommer 2018 in Chemnitz beteiligt. Als Rechtsanwalt vertrat er vor Gericht die rechtsterroristische Gruppe *Freital*, die Anschläge auf Flüchtlingsheime geplant

5) Siehe Kleine Anfrage Drs 7/4601. Eine Auflistung findet sich auch in Chronik.LE (2021).

6) So wurde die Veranstaltung u.a. mit dem Slogan „Freiheit durch Einheit. Die zweite friedliche Revolution“ und einem Foto einer Leipziger Montagsdemonstration beworben. Siehe hierzu auch Warda (2021).

hatte. Mit ihm im Parteivorstand sitzt der NPD-Stadtrat Stefan Hartung aus Aue, der bereits 2013 im erzgebirgischen Schneeberg die „Lichtelläufe“ gegen die Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung für geflüchtete Familien organisiert hatte. Damals nahmen mehrere tausend Menschen an den rassistischen Versammlungen teil, sie gelten als Vorläufer von bzw. „Blaupause für Pegida“ (vgl. Grunert/Lang, 2022). Seit Juni 2021 werden die *Freien Sachsen* vom sächsischen Landesverfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft, der Bundesverfassungsschutz führt sie als rechtsextremen Verdachtsfall. Die Partei dient als Netzwerk und Mobilisierungsplattform, bewirbt Aktionen, bereitet sie professionell medial auf und verschafft ihnen so große Reichweite. Kira Ayyadi (2021) beschrieb die Rolle der Partei als „Radikalisierungsbeschleuniger“, die ihre „Follower:innen auf einen drohenden Bürgerkrieg vorbereitet“. Mittlerweile hat der Telegram-Kanal von *Freie Sachsen* über 150.000 Abonnent:innen. Im sächsischen Verfassungsschutzbericht 2021 wird die Partei als die „Protest-Mobilisierungsmaschine schlechthin“ (LfV, 2022, 3) bezeichnet. Durch das Zusammenspiel verschiedener rassistischer und neonazistischer Strömungen, das sich auch in der Führungsriege von *Freie Sachsen* widerspiegelt, sowie das Andocken an das in Sachsen stark ausgeprägte bürgerliche, rechtsautoritäre Milieu hat die Partei in erstaunlich kurzer Zeit ihr eigens formuliertes Ziel erreicht, der diffusen und heterogenen Protestbewegung „ein gemeinsames Dach zu bieten, unter dem die Kräfte wirkungsvoll gebündelt und Aktivitäten [...] koordiniert werden, ohne dass die Einzelnen sich einer fixen Doktrin unterwerfen müssen“, wie es in ihrem Selbstverständnis heißt (Freie Sachsen, o.J.). Inwieweit die Erfahrung der Leipziger Großdemonstration zur Gründung der Partei drei Monate später beigetragen hat, lässt sich nicht belegen. Jedoch ist auffällig, dass mindestens drei Gründungsmitglieder von *Freie Sachsen* in Leipzig vor Ort waren: Kohlmann, Hartung sowie Michael Brück.⁷ Der aus Westdeutschland zugezogene Neonazi Brück (ehemals Partei *Die Rechte*) soll Medienberichten zufolge bei den Ausschreitungen in Leipzig sogar ganz vorne mit dabei gewesen sein und die Menge angeheizt haben (vgl. MDR investigativ, 2021; Litschko, 2021). Zudem war in Leipzig, wo sich die Organisator:innen der Demonstration auch im Nachhinein nicht von der Gewalt distanzieren, deutlich geworden, dass es keinerlei Berührungspunkte zwischen dem heterogenen Querdenken-Milieu und organisierten Rechtsextremen und Neonazis gibt (vgl. Litschko, 2021).

STAATLICHE REAKTIONEN: NACHSICHT UND TOLERANZ

Grundsätzlich war der staatliche und sicherheitspolitische Umgang mit den Corona-Protesten von großer Nachsichtigkeit und Toleranz gegenüber den Regelverstößen geprägt. Der allergrößte Teil der nicht-angemeldeten Versammlungen wurde von der Polizei geduldet, sofern sie überhaupt vor Ort war. Eine zusammenfassende Statistik aller Versammlungen der Corona-Protestbewegung inklusive polizeilicher Maßnahmen und juristischer Konsequenzen existiert nicht. Einen (nicht vollständigen) Überblick bieten die Antworten der sächsischen Landesregierung auf verschiedene Kleine und Große Anfragen im sächsischen Landtag zum Versammlungsgeschehen.⁸ Aufgrund der wahrscheinlich weit über zehntausend Versammlungen, Demonstrationen und „Spaziergänge“ der Corona-Protestbewegung, die von Frühjahr 2020 bis Ende 2022 stattgefunden haben, hat die Datenmenge einen enormen Umfang. Sie konnte für die hier vorliegende Untersuchung nur stichprobenartig analysiert werden. Eine Durchsicht der Antworten des Innenministeriums sowie eine intensive Recherche der Pressemeldungen zum Protestgeschehen zeigt, dass davon ausgegangen werden muss, dass der allergrößte Teil der nicht angemeldeten Protestveranstaltungen und Spaziergänge weder be- noch verhindert wurde oder irgendwelche Konsequenzen nach sich zog.⁹ Verstärkte Polizeipräsenz oder eine Verhinderung der Aufzüge fand in der Regel zeitlich und örtlich nur sehr begrenzt statt und auch nur, wenn es zuvor in den jeweiligen Orten bereits zu Gewalt oder Bedrohungen während Versammlungen gekommen war. Polizeiliche Maßnahmen gegen die Teilnehmenden oder Personalien-Feststellungen waren in den seltensten Fällen zu beobachten. Und wenn es Anzeigen gab, wurden die anschließenden Verfahren zumeist eingestellt. Das zurückhaltende polizeiliche Vorgehen entsprach der Linie des Innenministeriums. So sagte der damalige Innenminister Roland Wöllner (CDU) im August 2020 in Hinblick auf die „stillen Proteste“ an der B69, dass diese zwar eindeutig Versammlungen seien und dementsprechend angemeldet werden müssten,

7) Kleine Anfrage Drs 7/4601

8) Die Linkspartei stellt wöchentlich bis monatlich Kleine Anfragen zum Versammlungsgeschehen in Sachsen. Dazu gibt es eine Große Anfrage vom September 2021 (Drs 7/7644).

9) Das Innenministerium führt selbst keine Statistik darüber, wie viele Versammlungen polizeilich unterbunden oder aufgelöst wurden. Die Erstellung solch einer Statistik würde aufgrund der riesigen Anzahl an Versammlungen einen derart hohen Arbeitsaufwand bedeuten, dass die „Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Staatsregierung gefährdet“ wäre, erklärte das Innenministerium 2022 in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs 7/8795).

fügte jedoch hinzu: „So lange er [der Protest] friedlich bleibt und keine Gefahr für die innere Sicherheit und Ordnung darstellt, muss er gewährleistet werden.“ (dpa, 2020) Ministeriumssprecher Mario Stenzel konkretisierte dies kurz darauf gegenüber der *Sächsischen Zeitung*: „Das Versammlungsrecht ist ein sehr hohes Gut, wir lösen nicht anhand dieser Nichtanmeldung gleich die Versammlung auf.“ (Beutler, 2020). Mit zunehmender Radikalisierung der Proteste im Winter 2021/2022 war zwar vielerorts mehr Polizeipräsenz zu sehen, der Innenminister bekräftigte jedoch im Dezember 2021 seine Linie: „Diese Pandemie und die Unvernunft von vielen lassen sich nicht mit polizeilichen Mitteln und schon gar nicht mit Gewalt bekämpfen.“ (Deutschlandfunk, 2021) Die Problematik, die hier aufgezeigt werden soll, entsteht nicht durch eine liberale Auslegung des Versammlungsrechts, also dass die Proteste trotz zahlreicher Verstöße gegen administrative Regeln laufen gelassen wurden. Problematisch ist der überaus tolerante staatliche Umgang mit Protesten, die neben den Verstößen gegen versammlungsrechtliche Vorschriften in ihrer Mehrheit auch eine reale Gefahr für die Allgemeinheit darstellten, zum einen durch ihre Gewalttätigkeit, zum anderen durch die konsequente Missachtung sämtlicher Corona-Schutzmaßnahmen und der damit verbundenen Gefahr einer weiteren Ausbreitung von Covid-19.

Eine weitere Auffälligkeit in den staatlichen Reaktionen auf die Corona-Protestbewegung war, dass oftmals eine Differenzierung vorgenommen wurde zwischen einer „extremistischen“ Minderheit, die versuchen würde die Proteste zu vereinnahmen, und einer großen „nicht-extremistischen“ Mehrheit.¹⁰ Hierbei wird außer Acht gelassen, dass auch die von dieser Mehrheit vorgetragenen Inhalte und Weltanschauungen in ihrer Gesamtheit antidemokratisch waren, und die auf Regelverstoß angelegten und zugleich das Infektionsrisiko verstärkenden Proteste schon von der Form her einen antidemokratischen Charakter hatten. Spätestens seit Gründung der *Freie Sachsen* im Februar 2021 folgten die allermeisten Protestierenden zudem Aufrufen einer offen rechtsextremen Partei und reihten sich hinter ihren Bannern ein. Der politische Umgang seitens des Freistaates war jedoch weiterhin von dem Bemühen geprägt, die Proteste in ihrer Gesamtheit nicht zu verurteilen und stattdessen in den Dialog zu treten.¹¹ Diese Taktik wurde auch trotz zunehmender Radikalisierung und Gewalttätigkeit beibehalten. Ein Beispiel von vielen: Zwei Tage, nachdem im Dezember 2021 konkrete Mordpläne aus dem Umfeld der Corona-Protestbe-

wegung gegen den CDU-Ministerpräsidenten Michael Kretschmer bekannt geworden waren, sagte Kretschmer in einem Interview: „Wir müssen jetzt erst recht sehr genau differenzieren zwischen Rechtsextremen, die unsere Demokratie zerstören wollen, und Menschen, die Sorgen haben, Kritik äußern oder den Dingen ablehnend gegenüberstehen.“ (Huber, 2021) Diese geforderte Differenzierung bestimmte vielerorts auch das Agieren der Polizei, die oftmals ihr Nicht-Eingreifen mit der Anwesenheit vieler vermeintlich normaler Bürger:innen rechtfertigte.

DAS (NICHT-)HANDELN DES FREISTAATES

Der Umgang seitens der Strafverfolgungsbehörden soll hier exemplarisch an der Großdemonstration in Leipzig am 7. November 2020 dargestellt werden: Die Polizei meldete nach dem Wochenende 102 Straftaten mit 89 Beschuldigten, darunter 14 tätliche Angriffe auf Polizeikräfte und 13 weitere auf andere Personen. Es habe 13 Festnahmen, 18 Gewahrsamnahmen und 140 geahndete Verstöße gegen die Coronaschutzverordnung und das Versammlungsgesetz gegeben (Hoppe, 2020). Später wurde die Zahl der erfassten Ordnungswidrigkeiten mit insgesamt 212 angegeben.¹² Bereits diese Zahlen wirken erstaunlich gering angesichts der vielfach dokumentierten tausendfachen Verstöße gegen die gesetzlichen Corona-Schutzmaßnahmen (die auch der Grund für die polizeiliche Auflösung der Versammlung waren) sowie der massiven gewalttätigen Ausschreitungen. Die Polizei richtete im Anschluss eine eigene Ermittlungsgruppe (EG 7/11) ein, drei Jahre nach den Ausschreitungen liegen nun die Zahlen vor¹³: So wurden letztendlich nur 51 Verfahren gegen 51 namentlich ermittelte Tatverdächtige und eine unbekannte Anzahl weiterer unbekannter Tatverdächtige eingeleitet. Vier Verfahren waren im September 2023 noch nicht abgeschlossen, die restlichen Verfahren mündeten in zwei Fällen in Freisprüchen und zur Hälfte (26) in Einstellungen. In zehn Verfahren wurden die Beschuldigten zur Zahlung einer Geldstrafe verurteilt, die Strafen

10) Eine ähnliche Herangehensweise vonseiten staatlicher Stellen war in Sachsen bereits bezüglich der rassistischen Proteste ab 2015 zu beobachten. Der sächsische Verfassungsschutz führte hierzu eigens die Unterscheidung „asylfeindlich“ (extremistisch) und „asylkritisch“ (nicht-extremistisch) ein. Auch hier gab es Kritik, dass diese Differenzierung den antidemokratischen Charakter der Gesamtproteste relativiere (vgl. Nattke, 2017).

11) Das sehr zurückhaltende Vorgehen sorgte sowohl in der Landespolitik als auch in den Medien für deutliche Kritik. Die *Sächsische Zeitung* bezeichnete den damaligen Innenminister Roland Wöller (CDU) im Dezember 2021 aufgrund seiner Untätigkeit gar als „das größte Sicherheitsrisiko im Freistaat“.

12) Kleine Anfrage Drs 7/4602.

13) Kleine Anfrage Drs 7/14492.

lagen hierbei zwischen 500 und 4.050 Euro. Es wurde nur eine Freiheitsstrafe ausgesprochen (acht Monate auf Bewährung wegen des Werfens von Pyrotechnik in Richtung von Polizeikräften). Mehrere der Verfahren standen nicht in direktem Zusammenhang mit den Ausschreitungen (u.a. ein Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie die unerlaubte Verwendung einer Drohne), zudem bezogen sich manche auf den Gegenprotest. So bleiben am Ende ca. 40 Verfahren übrig, die sich konkret auf die verbotene Demonstration über den Leipziger Ring und die damit verbundene Gewalteskalation bezogen. Auch die politische Einordnung der aufgenommenen Straftaten überrascht. So wurden nur fünf der Verfahren der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) Rechts zugeordnet. Sieben Verfahren hingegen wurden der PMK Links zugeordnet, alle restlichen Straftaten wurden als „nicht zuzuordnen“ (NZ) erfasst. Im Verfassungsschutzbericht für 2020 werden die Demonstration und die damit verbundene Gewalt noch nicht einmal erwähnt. Macht man sich bewusst, dass es bei der Leipziger Demonstration zu den größten rechtsextremen Ausschreitungen in Sachsen seit denen in Chemnitz im Sommer 2018 kam – unter Beteiligung von unzähligen Kadern und bekannten Persönlichkeiten der neonazistischen und rechtsextremen Szene aus ganz Deutschland –, dann fällt die Bilanz der juristischen Konsequenzen erstaunlich schwach aus.

Dies ist umso problematischer, da das „Staatsversagen“ und der von den Teilnehmenden als Sieg wahrgenommene Verlauf der Demonstration eine enorme Symbolkraft hatte. Dies galt vor allem für die rechtsextreme Szene, deren aktive und gewalttätige Teilnahme maßgeblich für die „erfolgreiche“ Durchführung verantwortlich war. Hier sei daran erinnert, dass die extreme Rechte im Osten Deutschlands bis heute ihre politische Identität und ihr Selbstbewusstsein aus den Pogrom-Jahren Anfang der Neunziger Jahre zieht, als sie vielerorts in rassistischen Aufständen den Staat und seine Sicherheitskräfte zum Rückzug zwang bzw. der Staat ihnen durch sein (Nicht-)Handeln dieses Gefühl der Ermächtigung gab. Der Begriff „Generation Hoyerswerda“ bezieht sich auf jene Kontinuität (vgl. Begrich, 2015; Kleffner, 2016). Dieses Gefühl der Stärke konnte für die extrem rechte Szene in Leipzig am 7. November 2020 reaktiviert werden, was durch das Ausbleiben juristischer Konsequenzen noch verstärkt werden wird.

WENN TOLERANZ ZU RADIKALISIERUNG FÜHRT: DAS BEISPIEL ZWÖNITZ

Wie sich der zurückhaltende und bisweilen verständnisvolle Umgang seitens der Politik und der Sicherheitsbehörden mit der Corona-Protestbewegung auf die Proteste auswirkt, soll im Folgenden am Beispiel der Kleinstadt Zwönitz nahe Chemnitz aufgezeigt werden, wo es bereits seit Beginn der Pandemie zu „Spaziergängen“ kam. Ab März 2021 entwickelte sich der Ort zu einem *Hotspot* der Corona-Proteste, auch hier unter maßgeblicher Beteiligung von Rechtsextremen, wobei die Polizei die nicht angemeldeten Aufzüge mit in der Regel zwischen 100 und 250 Teilnehmenden duldete. Die „Spaziergänge“ fielen mit der Zeit immer aggressiver und gewalttätiger aus und am 10. Mai 2021 kam es bei einem der „Spaziergänge“ zu Angriffen auf die Polizei, wodurch acht Polizeikräfte verletzt wurden und der Ort auch bundesweit in die Schlagzeilen kam. Ministerpräsident Michael Kretschmer verurteilte die Ausschreitungen im Anschluss mit den Worten: „Ein Angriff auf Polizisten ist ein Angriff auf uns als Gesellschaft“ (dpa Sachsen, 2021). Aufgrund der Ausschreitungen besuchte der Ministerpräsident kurze Zeit darauf den Ort. In der Zwischenzeit war es dort zu weiteren unangemeldeten Aufmärschen gekommen. Am Tag seines Besuches twitterte Ministerpräsident Kretschmer dann Folgendes: „Unterwegs in #Zwönitz, einer wunderschönen Stadt im Erzgebirge. Hier leben Menschen, die sich für christliche Werte, für Verlässlichkeit & gesellschaftliches Miteinander einsetzen. Menschen, die Fragen, Sorgen & Zweifel haben. Ich nehme diese Menschen & ihre Anliegen sehr ernst.“¹⁴ Diese Strategie des Dialoges seitens der Staatsregierung und des Nicht-Eingreifens der Polizei führte jedoch nicht zu einer Beruhigung der Proteste, sondern ganz im Gegenteil: Im November 2021 skandierten die Protestierenden an Ministerpräsident Kretschmer gerichtet: „Schießt ihn ab!“. Die Polizei ermittelte im Anschluss wegen des Mordaufrufes gegen unbekannt. Trotz der Gewalttätigkeit, der offen rechtsextremen Ausrichtung und offener Morddrohungen duldete die Polizei auch weiterhin die unangemeldeten und teilweise (wegen der Corona-Regeln im Winter 2021/2022) verbotenen Aufzüge. Zu Neujahr wurde dann das Bürgerbüro des CDU-Politikers (und bis kurz zuvor Ostbeauftragten der Bundesregierung) Marco Wanderwitz mit Pyrotechnik attackiert, Anfang Januar 2022 bei einem

14) <https://twitter.com/MPKretschmer/status/1395769472582041605> (12.02.2024).

„Montagsspaziergang“ erneut die Polizei mit Pyrotechnik angegriffen. Ende Januar 2022 folgten dann 2.000 Menschen einem Aufruf der rechtsextremen *Freien Sachsen* und zogen in der bis dato größten Demonstration durch die Stadt, wieder unangemeldet und mit Begleitung der Polizei, die im Anschluss ein Ermittlungsverfahren wegen der Durchführung einer nichtangezeigten Versammlung gegen unbekannt einleitete (Hopp, 2022). Zwönitz zeigt, wie nachsichtiges staatliches Vorgehen gegenüber rechten Protesten zu einer Radikalisierung der Protestierenden führt – oder diese zumindest nicht verhindern kann.

GEFAHREN FÜR DIE DEMOKRATIE

Die Abwägung zwischen dem Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie dem repressiven Durchsetzen ordnungspolitischer Vorgaben ist keine einfache Aufgabe. In demokratischen Gesellschaften besitzt die Wahrung der Grundrechte einen besonders hohen Stellenwert. In Sachsen ist jedoch eine Diskrepanz festzustellen im Umgang von Polizei und Justiz mit der Corona-Protestbewegung einerseits sowie den Gegenprotesten bzw. Protesten aus dem linken politischen Spektrum andererseits (vgl. Grundrechtekomitee, 2020). Dies zeigt, dass der Umgang mit Protesten auch in der Zeit der Pandemie vor allem eine Frage des politischen Willens war. Die zurückhaltende Polizeistrategie gegenüber dem Milieu der „Querdenker“ ist nicht nur in Sachsen, sondern bundesweit zu beobachten. In Sachsen jedoch hat diese Strategie der Zurückhaltung eine besondere Brisanz, weil sie hier in viel stärkerem Maße auf eine von Rechtsextremen dominierte und angeführte Protestbewegung trifft. Auch tun sich die Justiz- und Sicherheitsbehörden mit einer Einstufung dieser Proteste als Teil einer rechten, antidemokratischen Protestbewegung schwer. So wurden die Verstöße im Rahmen des Protestgeschehens bei der Erfassung politisch motivierter Straftaten fast ausschließlich der Kategorie „nicht zuzuordnen“ bzw. dem neu geschaffenen Phänomenbereich „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ zugeordnet.¹⁵ Damit einher gehen eine Entpolitisierung neuer Formen und Themenfelder des rechtsautoritären Milieus und in der Folge eine mangelhafte Einschätzung der Gefahr, die von dieser Protestbewegung ausgeht.

Die Corona-Protestbewegung in Sachsen hat in den letzten drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass ihre tausendfachen Verstöße gegen das Versamm-

lungsrecht, gegen Auflagen und Beschränkungen des Infektionsschutzgesetzes, die aggressiven und teilweise gewalttätigen Aufzüge, die Bedrohungen von Politiker:innen und Journalist:innen, die Angriffe auf die Polizei und sogar die massiven gewalttätigen Ausschreitungen im November 2020 in Leipzig quasi keine oder nur sehr wenige Konsequenzen nach sich ziehen. Der Leipziger Protestforscher Alexander Leistner sprach diesbezüglich von einem „Einladungs- und Ermunterungscharakter“, den die polizeiliche Taktik des Gewährenlassens gehabt habe (dpa, 2021). Das daraus erwachsende Selbstbewusstsein der Protestbewegung lässt sich sowohl in den Sozialen Medien als auch auf den Straßen beobachten.

Für die Demokratie im Freistaat ist dies auf zwei Ebenen problematisch: Einerseits fehlt der abschreckende Faktor durch Strafverfolgung und repressive Maßnahmen. Antidemokratische Akteure und Protestbewegungen haben in Sachsen vielerorts das Gefühl, sie könnten agieren, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Auf der anderen Seite sinkt das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen im demokratischen Spektrum und bei denjenigen Menschen, die sich durch den Rechtsextremismus und Autoritarismus bedroht fühlen oder tatsächlich bedroht werden. Ein weiteres Problem liegt in dem von Dialogbereitschaft und Verständnis geprägten Umgang seitens politisch Verantwortlicher mit der Corona-Protestbewegung trotz ihres antidemokratischen Charakters und der zur Schau gestellten Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit. Hier besteht die Gefahr, dass auf diese Weise antidemokratische Einstellungen und Verhaltensweisen normalisiert werden und dann auch in der sogenannten „Mitte“ größere Verbreitung finden (vgl. Kraske, 2020).

So ist ein Grund für die Stärke der Corona-Protestbewegung in Sachsen auch im Umgang seitens der Politik und der Sicherheitsbehörden zu sehen. Ein weiterer Grund für den Mobilisierungserfolg der Corona-Proteste liegt im Zusammenspiel bürgerlicher, rechtsautoritärer Kreise und organisierter rechtsextremer Strukturen, was bereits in der vorhergegangenen Protestwelle während der sogenannten „Flüchtlingskrise“ eine Stärke der Protestbewegung war. Sie schafft es, oftmals diffuse und auch widersprüchliche rechtsautoritäre Einstellungen unter einem Dach zu vereinen. Die Form des Protests

15) Die Politisch Motivierte Kriminalität hat 2022 im Freistaat mit 6.327 Straftaten einen neuen Höchststand erreicht. Die Hälfte davon (3.174 Fälle) entfiel auf den Bereich „nicht zuzuordnen“. <https://www.polizei.sachsen.de/de/dokumente/Landesportal/PKS-2022-Grafischer-Ueberblick.pdf> (12.02.2024).

als ein populistischer Aufstand gegen „die da oben“ erscheint dabei bisweilen von größerer Bedeutung für den Mobilisierungserfolg als eine geteilte stringente Weltanschauung:

„Protest als relativ unverbindliche kollektive Form politischen Handelns scheint an dieser Stelle ein Scharnier zwischen verschiedenen Milieus zu bilden, das die Mobilisierung und Aktivierung von in der Bevölkerung weit verbreiteten rassistischen und nationalistischen Dispositionen ermöglichte.“ (Diefenbach et al., 2021, 5)

In Sachsen hat sich eine antidemokratische soziale Bewegung etabliert, die in der Lage ist, zu bestimmten Anlässen in kürzester Zeit mehrere zehntausend Menschen zu mobilisieren und die zudem gewillt ist, ihren Protest notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Die beiden Protestwellen ab 2013 (gegen Geflüchtete) und ab 2020 (gegen die Pandemie-Politik) müssen dabei als Ausdruck *einer* Protestbewegung betrachtet werden. Angesichts der Diskussionen über Migration und Asyl bahnt sich die nächste rechte Protestwelle im Freistaat schon an. Die rechtsextremen *Freien Sachsen* haben sich bereits hauptsächlich dem Flüchtlingsthema angenommen und mobilisieren mit „Montagsspaziergängen“ gegen die Aufnahme von geflüchteten Menschen und für Grenzschließungen.¹⁶ Das Milieu, das demonstriert, ist dabei in großen Teilen dasselbe wie in Zeiten der Corona-Protestbewegung. Es ist zu erwarten bzw. zu befürchten, dass sich diese (zurück) wandelt zu einer Anti-Asyl-Protestbewegung und dabei ein ähnliches Mobilisierungspotenzial vorweisen wird wie zu Corona-Zeiten.¹⁷ Die kommenden rechten Proteste werden dabei geprägt sein von der Erfahrung der letzten Jahre, dass der Staat sie auch bei Verstößen und Gewaltausbrüchen gewähren lässt.¹⁸ Es ist umso dringender, dass der Staat und ebenso die demokratische Zivilgesellschaft einen passenden Umgang mit dieser rechten Raumnahme finden. Denn, wie die Amadeu Antonio Stiftung richtig feststellt: „Wo Staat und Zivilgesellschaft sich immer weiter zurückziehen, werden Leerstellen von den [rechten] Aktivist*innen gefüllt.“ (Amadeu Antonio Stiftung, 2022)

16) Alleine im Oktober 2023 hat die Partei auf ihren Telegram-Kanal jede Woche zwischen 116 und 119 „Spaziergänge“ beworben. Wie viele davon tatsächlich stattgefunden haben und wie groß die Beteiligung war, lässt sich nicht nachprüfen.

17) So fanden Ende September 2023 an einem Montag laut Innenministerium landesweit 58 „asylkritische“, also gegen Geflüchtete gerichtete Versammlungen mit insgesamt 7.500 Teilnehmer:innen statt. Die größte Demonstration mit 3.000 Teilnehmer:innen gab es im sächsischen Berggießhübel, organisiert vom bekannten Neonazi, ehemaligen NPD-Funktionär und Mitglied der Freien Sachsen Max Schreiber. Das Fronttransparent mit der Aufschrift „Sächsischer Grenzschutz“ stellten ebenfalls die rechtsextremen Freien Sachsen.

18) Jüngstes Beispiel dafür ist eine von den Freien Sachsen angemeldete Demonstration gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Dresden Ende Oktober 2023, die vor das Wohnhaus von Ministerpräsident Michael Kretschmer zog. Bereits im Januar 2021 hatten im Zuge der Corona-Proteste 30 Menschen vor Kretschmers Haus demonstriert.

LITERATUR

- Amadeu Antonio Stiftung (2022). Energiekrise und Russlands Krieg. Das Querdenken-Milieu als antidemokratische Kampagnenmaschine. Policy Paper. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/08/policy-paper-querdenken.pdf> (30.10.2023).
- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022). Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Suhrkamp: Berlin.
- Ayyadi, Kira (2021). Freie Sachen – Die Radikalisierungsbeschleuniger. In: Belltower News, Netz für digitale Zivilgesellschaft, 08.12.2021. <https://www.belltower.news/rechtsextremismus-und-corona-freie-sachen-die-radikalisierungsbeschleuniger-125269/> (26.10.2023).
- Ayyadi, Kira (2023). Steven Feldmann. Der Neonazi-Influencer. *Belltower.News*, 11.05.2023. URL: <https://www.belltower.news/steven-feldmann-der-neonazi-influencer-149367/> (12.10.2023).
- Bartsch, Michael (2020). „Schwere Vertrauenskrise“. *taz.de*, 13.11.2020. <https://taz.de/Koalition-streitet-ueber-Leipzig-Krawalle/!5728237/> (12.02.2024).
- Begrich, David (2022). „Spaziergänge“ in Ostdeutschland: Nazis als Bannerträger. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 02/2022, S. 9–12. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/februar/spaziergaenge-in-ostdeutschland-nazis-als-bannertraeger> (29.10.2023).
- Begrich, David (2015). „Wir sind das Pack“: Von Hoyerswerda nach Heidenau. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2015, 9–12. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2015/oktober/wir-sind-das-pack-von-hoyerswerda-nach-heidenau> (30.10.2023).
- Bermúdez, Paulina (2023). Nachdem der OB sich mit dem mutmaßlichen Täter ablichten ließ. Erneuter Angriff in der Nacht zu Samstag im Bereich der Brückenstraße durch bekannte Neonazis. *Nordstadtblogger*, 27.05.2023. URL: <https://www.nordstadtblogger.de/erneuter-angriff-in-der-nacht-zu-samstag-im-bereich-der-brueckstrasse-durch-bekannte-neonazis/> (12.10.2023).
- Beutler, Anja (2020). Sind B96-Proteste illegal? *Sächsische Zeitung*, 28.08.2020. URL: <https://www.saechsische.de/plus/b96-ermittlungsverfahren-woeller-versammlungsrecht-anmeldungen-5258118.html> (12.02.2024).
- Chronik.LE (2021). Die Querdenken-Proteste im November. Selbstermächtigung, Staatsversagen und Radikalisierung. In Chronik.LE (Hrsg.), *Leipziger Zustände 2021* (S. 42–43). Leipzig.
- Debski, Andreas (2023). „Querdenken“-Großdemo in Leipzig: Kaum strafrechtliche Konsequenzen nach Eskalation. *Leipziger Volkszeitung*, 03.11.2023. URL: <https://www.lvz.de/mitteldeutschland/ermittlungen-nach-querdenken-demo-in-leipzig-kaum-verurteilungen-FCBBR-WM42BDGNFHTFIPGZSPF3M.html> (14.01.2024).
- Decker, Markus (2020). Querdenken in Leipzig: Thüringens Verfassungsschutzchef warnt vor Staatsversagen. *Redaktionsnetzwerk Deutschland*, 09.11.2020. URL: <https://www.rnd.de/politik/querdenken-in-leipzig-thueringens-verfassungsschutz-chef-warnt-vor-staatsversagen-17HIDP2L6ND-CLGDAKEXBL2TUGI.html> (12.02.2024).
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. *EFBI Policy Paper 2023-2*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut für Demokratieforschung.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Schuler, Julia/Brähler, Elmar (2022). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* (S. 31–90). Gießen: Psycho-social.
- Deutschlandfunk (2021). Druck auf Sachsens Innenminister Wöller wächst, Corona-Proteste zu unterbinden. *Deutschlandfunk*, 01.12.2021. URL: <https://www.deutschlandfunk.de/sachsen-streitet-ueber-protestaktionen-gegen-die-corona-massnahmen-100.html> (12.02.2024).
- Diefenbach, Aletta/Knopp, Philipp/Kocyba, Piotr/Sommer, Sebastian (2021). Rechte Proteste erforschen: Erfahrungen und Reflexionen aus der qualitativen und quantitativen Forschung. URL: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2021/12/WP_4_2021.pdf (29.10.2023).
- dpa (2020). Proteste an B96 beschäftigen Justiz und Parteien. *Süddeutsche Zeitung*, 14.08.2020. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-dresden-proteste-an-b96-beschaeftigen-justiz-und-parteien-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200813-99-149175> (12.02.2024).
- dpa Sachsen (2021). Regierung verurteilt Übergriffe auf Polizisten scharf. *ZeitOnline*, 11.05.2021. URL: <https://www.zeit.de/news/2021-05/11/koeping-verurteilt-uebergriffe-auf-polizisten-scharf> (12.02.2024).
- dpa (2018). Tausende bei Demonstrationen. 18 Verletzte bei Protesten in Chemnitz. *Die Zeit*, 02.09.2018. URL: <https://www.zeit.de/news/2018-09/02/18-verletzte-bei-protesten-in-chemnitz-180902-99-788265> (12.10.2023).
- dpa (2021). Warnung vor Hass und Gewalt bei den Corona-Protesten. *ZeitOnline*, 07.12.2021. <https://www.zeit.de/news/2021-12/07/warnung-vor-hass-und-gewalt-bei-den-corona-protesten> (12.02.2024).
- Dübgen, Franziska (2017). Strafe als Herrschaftsmechanismus: Zum Gefängnis als Ort der Reproduktion gesellschaftlicher Machtverhältnisse. *Kritische Justiz*, 50(2), 141–152.
- Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver (2021). Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. University of Basel (Basler Arbeitspapiere zur Soziologie, 5).
- Freie Sachsen (o.J.). Freie Sachsen für ein freies Sachsen! URL: <https://freie-sachsen.info/> (12.02.2024).
- Fröhlich, Carolin (2023). Überraschende Wende: Geringere Strafen für Colditzer Drogenbande erwartet. *MDR SACHSEN*, 13.11.2023. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/prozess-drogen-razzia-waffen-colditz-100.html> (14.01.2024).
- Freiraumgalerie. Kollektiv für Raumentwicklung (2022). Kunst- und Beteiligungskonzept Torgau Nordwest.
- Goertz, Stefan (2021). Corona-Proteste und extremistische Einflussnahmen. Aktuelle Trends beim Protestverhalten von „Querdenkern“, „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sowie Rechtsextremisten. *Forum Kriminalprävention*, 4/2021, 16–20. <https://www.forum-kriminalpraevention.de/files/1Forum-kriminalpraevention-webseite/pdf/2021-04/Corona-Proteste.pdf> (25.10.2023).
- Grundrechtekomitee (2020). Zweierlei Maß? – Eine Analyse des polizeilichen Umgangs mit politischem Protest in der Corona-Pandemie in Leipzig. https://www.grundrechtekomitee.de/fileadmin/user_upload/ZweierleiMass.pdf (25.10.2023).
- Grunert, Johannes/Lang, Anna-Louise (2022). Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis. *EFBI Policy Paper 2022-3*. Leipzig: Else-Frenkel-Brunswick-Institut für Demokratieforschung.
- Hopp, Sebastian (2022). Tausende Teilnehmer bei Corona-Demo in Zwönitz. *Tag24*, 29.01.2022. URL: <https://www.tag24.de/nachrichten/regionales/erzgebirge-nachrichten/tausende-teilnehmer-bei-corona-demo-in-zwoenitz-2309493> (12.02.2024).
- Hoppe, Olaf (2020). Schlussmeldung zum Einsatz der Leipziger Polizei anlässlich des Versammlungsgeschehens vom 6. und 7. November. *Medieninformation der Polizeidirektion Leipzig Nr. 534/20*, 08.11.2020.
- Huber, Denis (2021). Sachsens Ministerpräsident Kretschmer nach Morddrohungen: „Jetzt erst recht!“ *web.de*, 10.12.2021. <https://web.de/magazine/politik/sachsens-ministerpraesident-kretschmer-morddrohungen-recht-36420936> (12.02.2024).
- Hübler, Andrea (2023). Menschenfeindliche Gewalttaten in Sachsen 2022. In Oliver Decker/Fiona Kalkstein/Johannes Kiess (Hg.), *Demokratie in Sachsen. Das Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Instituts für 2022* (S. 58). Leipzig: edition überland.
- Huld, Sebastian (2020). Reise ins Tal der Entfremdeten. *ntv.de*, 12.07.2020. URL: <https://www.n-tv.de/politik/Reise-ins-Tal-der-Entfremdeten-article121906068.html> (12.02.2024).
- Hummel, Steven; Zschocke, Paul (2021). Die Bewegung der Pandemie-Leugner:innen in Leipzig. In Corona-Monitor (Hrsg.), *Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie* (S. 204–222). Mandelbaum: Wien.
- Julke, Ralf (2023). Sieben Jahre nach konzentriertem Überfall aus Connewitz. Die Bilanz der strafrechtlichen Aufarbeitung ist ernüchternd. *Leipziger Zeitung*, 12.01.2023. URL: <https://www.l-iz.de/leben/faelle-unfaelle/2023/01/sieben-jahre-nach-konzentriertem-ueberfall-auf-connewitz-bilanz-strafrechtlicher-aufarbeitung-ernuechternd-506653> (12.10.2023).
- Kailitz, S. (Hrsg.) (2021). *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen*. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Kleffner, Heike (2016). Generation Hoyerswerda. *Amnesty Journal*. <https://www.amnesty.de/journal/2016/oktober/generation-hoyerswerda> (12.02.2024).
- Kleffner, Heike (2021). *Der Rechtsstaat lässt die Angegriffenen im Stich | Heimatkunde | migrationspolitisches Portal der Heinrich-Böll-Stiftung*. Heinrich-Böll-Stiftung. <https://heimatkunde.boell.de/de/2021/04/14/der-rechtsstaat-laesst-die-angegriffenen-im-stich> (14.01.2024).
- Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hrsg.) (2021). *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefinde*. Freiburg/Basel/Wien.
- Kleffner, Heike (2020). Straßlos in Chemnitz. Keine Ahndung von rechtsradikaler Gewalt. In Nele Austermann/Andreas Fischer-Lescano/Wolfgang Kaleck/Heike Kleffner/Kati Lang/Maximilian Pichl/Ronen Steinke/Tore Vetter (Hg.), *Recht gegen Rechts. Report 2020* (S. 295–306). Frankfurt am Main: Fischer.
- Kollektiv 15^{er}Research (2021). Görlitz: „Anti-Corona-Proteste“ als rechtes Schaulaufen. *Antifaschistisches Infoblatt 133* (4/2021). URL: <https://antifa.infoblatt.de/aib133/goerlitz-anti-corona-proteste-als-rechtes-schaulaufen> (23.10.2023)
- Kraske, Michael (2020). *Der Riss. Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört*. Ullstein Verlag: Berlin.
- Kulturbüro Sachsen (2022). Sachsen rechts unten. Dresden. URL: <https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2022/05/2022-Kulturbuero-Sachsen-Handreichung-Sachsen-rechts-unten-2022.pdf> (28.10.2023).
- Lamberty, Pia/Holnburger, Josef/Goedeker Tort, Maheba (2022). Zwischen „Spaziergängen“ und Aufmärschen: Das Protestpotential während der

- COVID-19-Pandemie. URL: <https://cemas.io/publikationen/zwischen-spaziergaengen-und-aufmaerschen-das-protestpotential-waehrend-der-covid-19-pandemie> (22.10.2023).
- Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) (2022). *Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2021*. https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2021_barrierefrei.pdf (25.10.2023).
 - Leber, Sebastian (2021). Die Wutbürger von der B69. Bautzen als Hotspot. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 48–55). Herder: Freiburg/Basel/Wien.
 - Lenze, Dominik (2023). Neonazis bei TikTok. Influencer mit rechter Mission. *Die Zeit*, 04.03.2023. URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-03/dortmund-neonazi-influencer-rechtsextremismus-tiktok> (12.10.2023).
 - Litschko, Konrad (2021). „Nie war ein Systemwechsel so greifbar“. Neonazis bei den Coronaprotesten. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 183–191). Herder: Freiburg/Basel/Wien.
 - Markard, Nora (2023). *Verfassungsrecht: „Es bröckelt schon“* [Interview]. URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/afd-verfassungsrecht-justiz-norra-markard-einfluss-demokratie-1.5992954?reduced=true> (06.09.2023).
 - Maus, Andreas/Röpke, Andrea/Seemann, Lisa/Otto, Kim/Mogul, Esat (2018). Schulterchluss mit Rechtsextremen: die neue Strategie der AfD. *Monitor*, 06.09.2018. URL: <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd-208.html> (07.11.2023).
 - MDR investigativ (2021). Podcast-Transkript: Rechtsextreme und Querdenker – Wer steckt hinter der Partei „Freie Sachsen“? MDR investigativ, 07.05.2021. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/podcast/mdr-investigativ/podcast-investigativ-partei-freie-sachsen-rechtsextreme-querdenken100.html> (12.02.2024).
 - MDR Sachsen (2022). Nach Gewalt gegen Gefangene: JVA-Beamte in Dresden auf Bewährung verurteilt. *MDR SACHSEN*, 24.06.2022. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/urteil-amtsgericht-gefangene-auslaender-jva-beamte-gewalt-rassismus-100.html> (14.01.2024).
 - Nattke, Michael (2017). Eine neue soziale Bewegung von rechts. Der sächsische Schulterchluss von „besorgten Bürgern und Bürgerinnen“ und organisierten Neonazis. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen* (S. 71–81). Ch. Links: Berlin.
 - Negt/Michael Werz (Hg.), *Philosophie und Empirie. Hannoversche Schriften 4* (S. 146–166). Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik.
 - Netzwerk Tolerantes Sachsen (2022). Die „Corona-Proteste“ in Sachsen werden von Demokratiefeinden geprägt. <https://www.tolerantes-sachsen.de/die-corona-proteste-in-sachsen-werden-von-demokratiefeinden-gepraegt> (22.20.2023).
 - Perels, Joachim (2001). Kritische Justiz und Frankfurter Schule. In Detlev Claussen/Oskar
 - Praunsmändel, Sarah/Schmidt, Stephanie/Thurn, Roman (2022). Zugang verweigert! Externe Polizeiforschung und Wissenschaftsfreiheit. *KJ Kritische Justiz*, 55(3), 303–321.
 - Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftliches Zusammenhalt (2022). Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus. Stärken – Beraten – Einschreiten. URL: https://www.sms.sachsen.de/download/Gesamtkonzept_gegen-Rechtsextremismus_2022.pdf (12.10.2023).
 - Süß, Sonja (2023). Fünf Jahre nach Angriff auf Marburger SPD-Gruppe. Das lange Warten auf Prozesse nach Nazi-Gewalt in Chemnitz. *Hessenschau*, 25.08.2023. URL: <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/fuenf-jahre-nach-nazi-angriff-in-chemnitz-marburger-spd-gruppe-wartet-weiter-auf-prozesse-v1,fuenf-jahre-chemnitz-100.html> (07.11.2023).
 - Stach, Sabine/Hartmann, Greta (2020). Friedliche Revolution 2.0? Zur performativen Aneignung von 1989 durch „Querdenken“ am 7. November 2020 in Leipzig. *zeitgeschichte|online*, 23.11.2021. URL: <https://www.zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/friedliche-revolution-20> (01.10.2023).
 - Steffen, Tilmann (2021). Hauptsache Straße. Die AfD als parlamentarischer Arm der Coronaproteste. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 174–182). Herder: Freiburg/Basel/Wien.
 - Stukenberg, Timo (2022). Rechtsextreme JVA-Bedienstete. Hat der Justizvollzug ein Extremismus-Problem? *Deutschlandfunk*, 09.06.2022. URL: <https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextremismus-jva-mitarbeiter-vor-gericht-100.html> (06.09.2023).
 - SUPPORT (2023). 5 Jahre rassistische Ausschreitungen 2018 – Chemnitz und die offenen Verfahren. URL: <https://www.raa-sachsen.de/support/meldungen/5-jahre-rassistische-ausschreitungen-2018-chemnitz-und-die-offenen-verfahren-7492> (12.10.2023).
 - Ulrich, Sarah (2020). Triumph der Coronaleugner:innen. *taz.de*, 08.11.2020. URL: <https://taz.de/Querdenker-Protest-in-Leipzig/!5726829/> (12.02.2024).
 - VBRG (2018). Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche auf der Straße – zu Hause und im Büro – bei Veranstaltungen – im Internet. URL: https://www.verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/01/VBRG_Ratgeber_Im-Fokus-von-Neonazis-2018_web.pdf (12.10.2023).
 - VBRG (2021). Folge #18 Vor Ort – gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt. Die Podcastserie von NSU Watch und VBRG. 02.06.2021. URL: <https://verband-brg.de/folge-18-vor-ort-gegen-rassismus-antisemitismus-und-rechte-gewalt-die-podcastserie-von-nsu-watch-und-vbrg/> (07.11.2023).
 - VBRG (2022). Stellungnahme zum „Referentenentwurf eines Gesetzes zur Überarbeitung des Sanktionenrechts – Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt“ aus dem Bundesministerium für Justiz vom 19. Juli 2022. 25.08.2022. URL: <https://verband-brg.de/stellungnahme-zum-referentenentwurf-eines-gesetzes-zur-ueberarbeitung-des-sanktionenrechts-ersatzfreiheitsstrafe-strafzumessung-auflagen-und-weisungen-sowie-unterbringung-in-einer/> (12.10.2023).
 - Virchow, Fabian (2022). Rechte Gewalt in Deutschland nach 1945. Eine Einordnung der 1990er Jahre. *Aus Politik und Zeitgeschichte: Rechte Gewalt in den 1990er Jahren*, 49–50/2022, 10–14.
 - Wagner, Jens (2023). *Rechte Richter. AfD-Richter, -Staatsanwälte und -Schöffen: eine Gefahr für den Rechtsstaat?*. Stuttgart: Berliner Wissenschafts-Verlag.
 - Warda, Katharina (2021). Friedliche Revolution 2.0? Mit DDR-Vergleichen wird Stimmung gegen die Pandemie gemacht. In Heike Kleffner/Matthias Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde* (S. 149–156). Herder: Freiburg/Basel/Wien.
 - Weber, Antonia (2022). Überfall auf Connewitz. Prozessdauer bewahrt 15-fach vorbestraften Rechtsextremen vor Gefängnis. *Leipziger Zeitung*, 05.02.2022. URL: <https://www.l-iz.de/leben/faelle-unfaelle/2022/02/ueberfall-auf-connewitz-prozessdauer-bewahrt-15-fach-vorbestraften-rechtsextremen-vor-gefaengnis-432482> (12.10.2023).

VERGANGENE EFBI POLICY PAPER

DAS EFBI GIBT SEIT FRÜHJAHR 2021 REGELMÄSSIG POLICY PAPER HERAUS. ZUSAMMEN MIT AUTORINNEN UND AUTOREN AUS ZIVILGESELLSCHAFT UND JOURNALISMUS, VERÖFFENTLICHEN EFBI-FORSCHERINNEN UND -FORSCHER ANALYSEN, DIE EINEN ÜBERBLICK ZU RECHTEN UND ANTIDEMOCRATISCHEN STRUKTUREN IN SACHSEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN IM UMGANG MIT EXTREM RECHTEN EREIGNISSEN GEBEN. ALLE VERÖFFENTLICHUNGEN SIND AUF DER WEBSEITE DES ELSE-FRENKEL-BUNSWIK-INSTITUTS ABRUFBAR.

TORGAW NORDWEST - PROBLEME DER INTERVENTION IN EINEM KONFLIKTBELASTETEN STADT-VIERTEL

EFBI POLICY PAPER 2023-3

DOMINIK INTELMANN & ANDRE SCHMIDT

Der Stadtteil Nordwest am Rande der Stadt Torgau in Nordsachsen steht als „Problemviertel“ im Fokus der regionalen Öffentlichkeit. Der Abstieg des Plattenbauviertels seit der Wiedervereinigung geht mit Desintegrationserscheinungen und wiederkehrenden sozialen Konflikten einher. Zuletzt eskalierten diese rund um Belastungen durch nächtliche Ruhestörungen, Müllablagerungen, Drogenkonsum oder gewalttätige Auseinandersetzungen, die mit dem Zuzug von Arbeitsmigranten aus Osteuropa in Verbindung gebracht werden.

Reagiert wurde mit einer kontinuierlichen Verdichtung von Interventionen und der Verstärkung des Netzwerkes von Fachkräften einer professionalisierten Zivilgesellschaft, die durch Sozialarbeit, Beratung, Kulturangebote, Vernetzung und Dialog soziale Härten abmildern und den Zusammenhalt im Sozialraum stärken sollen.

Das vorliegende Policy Paper rekonstruiert die Konfliktgeschichte des Stadtteils Torgau Nordwest und untersucht die Interventionsstrategien unter Berücksichtigung der Perspektive beteiligter Akteure. Dabei wird deutlich, dass die Gegenstrategien widersprüchliche Stoßrichtungen verfolgen: von Ordnungspolitik, welche die Gruppe der Migranten fokussiert, und aktivierender Gemeinwesenarbeit, welche insbesondere unter den deutschen Anwohnern keine Adressaten findet. Zudem fehlt der Zugriff auf die Ursachen der sozialräumlichen Probleme, welche in prekären Arbeits- und Wohnverhältnissen vieler Anwohner Nordwests, insbesondere der Arbeitsmigranten, liegen. Obwohl diese Zusammenhänge bekannt sind, entstanden daraus bislang keine wirksamen Interventionen.

Vielmehr fällt die Problembearbeitung auf die Kulturalisierung der sozialen Probleme und Rufe nach Ordnungs- und Symbolpolitik zurück. Auf Basis der Analyse

werden Handlungsempfehlungen entwickelt, welche auf die Stärkung lokaler demokratischer Teilhabe zielen. Sie tragen der Tatsache Rechnung, dass die sozialen Probleme, welche sich in Torgau Nordwest verdichten, Resultat der ungleichen Entwicklung und Arbeitsteilung im internationalen Maßstab sind. Damit steht Torgau Nordwest auch exemplarisch für „soziale Brennpunkte“ andernorts.

01 POLICY PAPER
2023-3

ELSE
FRENKEL-
BRUNSWIK
INSTITUT

FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

POLICY
PAPER

EFBI POLICY PAPER 2023-3
DOMINIK INTELMANN & ANDRE SCHMIDT

KONTAKT
PIA SIEMER
T: +49 341 97-37892
M: PIA.SIEMER@UNI-LEIPZIG.DE

TORGAW NORDWEST - PROBLEME
DER INTERVENTION IN EINEM
KONFLIKTBELASTETEN STADT-
VIERTEL

ABSTRACT

Der Stadtteil Nordwest am Rande der Stadt Torgau in Nordsachsen steht als „Problemviertel“ im Fokus der regionalen Öffentlichkeit. Der Abstieg des Plattenbauviertels seit der Wiedervereinigung geht mit Desintegrationserscheinungen und wiederkehrenden sozialen Konflikten einher. Zuletzt eskalierten diese rund um Belastungen durch nächtliche Ruhestörungen, Müllablagerungen, Drogenkonsum oder gewalttätige Auseinandersetzungen, die mit dem Zuzug von Arbeitsmigrant:innen aus Osteuropa in Verbindung gebracht werden. Reagiert wurde mit einer kontinuierlichen Verdichtung von Interventionen und der Verstärkung des

Netzwerkes von Fachkräften einer *professionalisierten Zivilgesellschaft*, die durch Sozialarbeit, Beratung, Kulturangebote, Vernetzung und Dialog soziale Härten abmildern und den Zusammenhalt im Sozialraum stärken sollen. Das vorliegende Policy Paper rekonstruiert die Konfliktgeschichte des Stadtteils Torgau Nordwest und untersucht die Interventionsstrategien unter Berücksichtigung der Perspektive beteiligter Akteur:innen. Dabei wird deutlich, dass die Gegenstrategien widersprüchliche Stoßrichtungen verfolgen: von Ordnungspolitik, welche die Gruppe der Migrant:innen fokussiert, und aktivierender Gemeinwesenarbeit, welche ins-

DRITTES EFBI-JAHRBUCH ERSCHIENEN!

NICHT ALLEIN IN SACHSEN IST DIE DEMOKRATIE DURCH ILLIBERALE KRÄFTE BEDROHT, DOCH IM FREISTAAT STELLEN SICH DIE HERAUSFORDERUNGEN IN BESONDERER DICHTHE. DESWEGEN IST DIE UNTERSUCHUNG DIESER ENTWICKLUNG VON BESONDERER BEDEUTUNG. IM DRITTEN EFBI-JAHRBUCH WIDMEN SICH WISSENSCHAFTLERINNEN UND WISSENSCHAFTLER SOWIE AKTEURE AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT IN 15 BEITRÄGEN AUF UNTERSCHIEDLICHE WEISE DEM THEMA DES DEMOKRATISCHEN ZUSAMMENHALTS UND ANTIDEMOKRATISCHER STRUKTUREN. DIE AUSWAHL SOZIALWISSENSCHAFTLICHER UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHER BEITRÄGE BIETET VIELSCHICHTIGE PERSPEKTIVEN AUF DIE POLITISCHE SITUATION IM FREISTAAT IM WAHLJAHR 2024.



DEMOKRATIE IN SACHSEN 2023

JAHRBUCH DES ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK- INSTITUTS FÜR 2023

OLIVER DECKER, FIONA KALKSTEIN,
JOHANNES KIESS UND PIOTR KOCYBA (HRSG.)

PROTESTGESCHEHEN IN SACHSEN

Zwei wissenschaftliche Beiträge widmen sich intensiv dem Protestgeschehen in Sachsen. „Die sächsischen Montagsproteste weisen seit nunmehr dreieinhalb Jahren ein unvergleichbares Maß an Stabilität und Kontinuität auf, welches zumindest in Ausdauer und Größe bundesweit seinesgleichen sucht“, erklärt Jahrbuch-Herausgeber und Institutsleiter Oliver Decker. Nele Hellweg, Markus Riepenhausen und Fiona Kalkstein vom Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen haben die Proteste wissenschaftlich untersucht, zeigen in ihrer Analyse, wie die Proteste in den vergangenen Jahren verschiedene Themenwechsel überdauert haben, und werfen einen Blick auf die Frage: Wer protestiert denn da eigentlich? Clara Schließler, Marius Dilling und Fiona Kalkstein untersuchten wiederum, wie Demonstrierende in der Oberlausitz mit dem Vorwurf, rechte Kräfte in ihrer Mitte zu haben, umgehen und wie sie dabei die Arbeit des EFBI spiegeln und kommentieren.

RECHTE LEBENSWELTEN UND WELTBILDER

Einen weiteren Schwerpunkt des Buches bilden die Analysen rechter Lebenswelten und Weltbilder von Autorinnen und Autoren aus der Zivilgesellschaft. Robert Claus beschreibt die Strukturen der Kampfsportszene in Sachsen, Michael Nattke vom *Kulturbüro Sachsen e.V.* be-

richtet über Umweltdiskurse in der rechten Szene, und Florian Teller vom Verein FARN schreibt über die Anschlussfähigkeit von Esoterik an rechtes Gedankengut. Anne Gehrman und Markus Kemper, ebenfalls vom *Kulturbüro Sachsen*, analysieren die Ansiedlungsversuche der sächsischen *Anastasia*-Szene und den demokratischen Umgang mit der Bewegung. „Die Beiträge bieten einen guten Überblick darüber, wie antidemokratische Akteure immer wieder attraktive Angebote machen und Menschen mobilisieren können, ohne dass ihnen die dahinterliegende Ideologie sofort klar wird“, sagt Herausgeberin Fiona Kalkstein.

POLITISCHE BILDUNG UND AUFARBEITUNG

Auch politische Bildung und die Aufarbeitung rechter Gewalt spielen im Jahrbuch eine Rolle. Jörg Buschmann und Dana Schlegelmilch von der *RAA Sachsen* erklären, warum das Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex in Sachsen aufgebaut wird. Agnes Scharnetzky von der *John-Dewey-Forschungsstelle* (Joddid) in Dresden beschreibt, wie Sachsen von erprobten Strategien der politischen Bildung profitieren kann. „Die Erfahrung teilzuhaben hat einen positiven Einfluss auf politische Einstellungen. Das zeigen die Beiträge im Jahrbuch noch einmal deutlich“, so Herausgeber Piotr Kocyba.

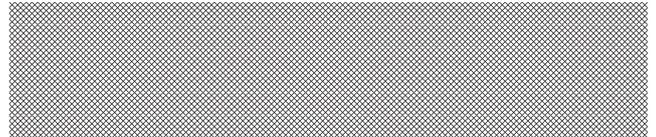
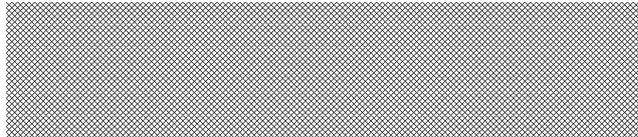
Die Beiträge des Jahrbuches 2023 werden künstlerisch von dem Leipziger Fotografen Falk Haberkorn mit Fotografien aus seiner Bildstrecke „Winterreise/Sunlight A70“ gerahmt. Im Beitrag „Workingman's Blues“ erzählt er die Geschichte hinter der Entstehung der Bilder.

Das Buch erscheint im Verlag edition überland und kann bei diesem bestellt werden. Wir stellen das Buch in PDF-Form als Open Access-Datei zur Verfügung.

AUTOREN

Anna-Louise Lang arbeitet im Raum Chemnitz und beschäftigt sich vor allem mit extrem rechten Organisationen und Aktivitäten. Ihr Augenmerk liegt dabei auf rechter und rassistischer Gewalt, antidemokratischen Straßenprotesten und regionalen Erscheinungsformen extrem rechter Strukturen in Südwestsachsen.

Thorsten Mense ist Soziologe (Dr. Phil) und freier Journalist. Seine Forschungsschwerpunkte sind Nationalismus, rechte Bewegungen und Autoritarismus. Er lebt und arbeitet in Leipzig und war lange Zeit Mitglied im *Forum für kritische Rechts-extremismusforschung* (FKR). Vergangenes Jahr erschien sein Buch »Kritik des Nationalismus« (Schmetterling Verlag) in einer überarbeiteten Neuauflage.

IMPRESSUM

Redaktion: Natalie Gittner, Henriette Rodemerk,
Pia Siemer
Lektorat: Tilman Meckel
Gestaltung und Satz: Markus Dreßen, Pia Siemer,
Charlotte Ruppert
Redaktionsschluss: 09.04.2024
Druck: Merkur Druck, Leipzig
www.efbi.de

GEFÖRDERT VOM



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.